

Zübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Der „Zübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenspalten Poststelle oder deren Raum 100 Hg., Veramaltungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Hg., Restamen 500 Hg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 154.

Dienstag, den 5. Juli 1921.

28. Jahrgang.

Zusammenstöße zwischen Deutschen und Franzosen in Beuthen.

Aus Oberschlesien treffen Nachrichten ein von Zwischenfällen, die verhängnisvolle Folgen haben können. Da ein klares Bild sich noch nicht gewinnen läßt, so möchten wir uns darauf beschränken, die Meldungen ohne Kommentar wiederzugeben. Eines läßt sich aber heute schon sagen: Wenn die obereschlesische Bevölkerung zehnmal im Recht ist, und wenn sie Ungerechtigkeiten in ungläubigster Weise zu ertragen hat, sich selbst und dem Deutschtum nicht stets am besten durch Ruhe und Schweigen. Gewiß hat jede Geduld eine Grenze; aber die Liebe zum Deutschtum muß auch Unmögliches ertragen helfen. Und angesichts des schweren Schadens, das einem Teil Oberschlesiens droht, müßte es möglich sein, die verantwortungslose und ungeheuer schädliche nationalistische Hege rücksichtslos zu unterbinden.

Beuthen, 4. Juli.

Hier kam es heute zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und französischen Truppen.

Die deutsche Bevölkerung hat einrückende englische Truppen mit großen Ovationen begrüßt und sie mit Blumen überhäuft. Dabei wurde auch das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt. Diese Demonstration zugunsten der Engländer veranlaßte die in der Kaserne liegenden Franzosen zum Ausrücken, und das war wieder der Anlaß zu blutigen Zusammenstößen zwischen der demonstrierenden deutschen Bürgerschaft und den Franzosen. Dabei hat es auf beiden Seiten Verwundete und Tote gegeben. Nach bis jetzt vorliegenden privaten Meldungen ist der Stadtkommandant der Franzosen, ein Major, getötet worden. Die Franzosen schritten gegen die Deutschen sehr scharf und mit den Waffen ein, verhafteten zahlreiche Deutsche und führten sie als Geiseln ab.

Breslau, 5. Juli.

In den Vormittagsstunden des Montags sind die ersten englischen Truppen in Stärke von mehreren hundert Mann in Beuthen eingetroffen. Bei ihrem Marsch durch die Stadt schloß sich ihnen eine große Menschenmenge an, die auf den Straßen anwesenden Franzosen glaubten sich dadurch belästigt und gingen mit Gummihäufeln und Gewehrköpfen gegen die Menge vor. Bei dieser Gelegenheit fiel ein Schuß, angeblich von einem Zivilisten. Darauf schossen die Franzosen in die Menge hinein, die nach allen Seiten flüchtete. Einige Personen wurden verhaftet. Im Städtischen Krankenhaus liegen ein Mann, eine Frau, zwei junge Leute und ein verwundetes Kind. Ein junger Mann ist erschossen. Eine Anzahl von Verwundeten soll sich noch in der Neuen Kaserne befinden. Der Erste und der Zweite Bürgermeister der Stadt, mehrere Stadträte und einige angesehenere Persönlichkeiten sind verhaftet und als Geiseln in die Neue Kaserne gebracht worden.

Nachmittags gegen 2 Uhr durchführte ein französisches Lastauto mit Soldaten besetzt die Gustav-Freitag-Straße. Dabei wurde in der Straße angeblich ein Schuß abgegeben. Die Franzosen nahmen an, daß aus dem Grundstück Gustav-Freitag-Straße 8 auf sie geschossen worden sei. Es wurde sofort eine starke Abteilung Truppen mit Maschinengewehren herbeigeholt, die bald darauf auf das erste Stockwerk des Hauses ein regelrechtes Schnellfeuer eröffnete. Das Haus, das von etwa 1000 Kugeln getroffen wurde, ist stark demoliert, ebenso die Einrichtung der im ersten Stock gelegenen Wohnungen.

Das neue italienische Kabinett.

Nach anfänglichem Schwanken hat schließlich Giolitti es doch abgelehnt, das neue Ministerium wieder zu übernehmen. An seiner Stelle wurde Bonomi als Ministerpräsident ausgerufen; dieser hat nun auch dem König seine Bereitwilligkeit erklärt, die Bildung des Kabinetts zu übernehmen.

Das wichtige Ministerium für Auswärtiges wird der Marquis della Torretta übernehmen, der bisher italienischer Gesandter in Wien war.

Was Bonomi für den Posten des Ministerpräsidenten empfohlen hat, ist die Tatsache, daß er in keiner Weise durch seine Vergangenheit festgelegt oder belastet ist. Anders ist es mit della Torretta. Dieser steht im Ruf großer Franzosenfreundlichkeit, und seine Berufung dürfte auch ein Versuch sein, die französische Regierung, die über Stojas Fall sehr in Sorge war, wieder etwas zu beruhigen. Nach den neuesten Pariser Pressestimmen scheint es auch gegliedert zu sein. Torretta wird mit Genugtuung aufgenommen.

Mit je größerer Genugtuung ein Minister aufgenommen wird, um so freier ist er in seinen Entschlüssen. Für Deutschland liegt deshalb bis auf weiteres nicht der geringste Grund zu einer Beunruhigung vor.

Das Ergebnis des englischen Bergarbeiterstreiks.

Das Abkommen zwischen den Vertretern der Bergarbeiter, der Bergwerksbesitzer und der Regierung wurde mit 832 814 gegen 105 820 Stimmen gebilligt und damit die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag beschlossen. Der gigantische Kampf, der am 1. April begann, hat damit nach einer Dauer von über 13 Wochen sein Ende genommen.

Es handelte sich um die Abwehr einer Lohnverflüchtung, die zwischen 11 und 43 Prozent, oder 2 bis 7 Schilling pro Schicht betragen sollte. Die Bergarbeiter forderten ein Lohnamt mit Lohnausgleichskasse für das ganze Land, um die Löhne und Lohnabzüge einheitlich zu gestalten. Das wurde abgelehnt. Die Regierung bot schließlich 200 Millionen Schilling, um einen Lohnausgleich zu bewirken. Das wurde als unzureichend abgelehnt, da es nur für zwei Monate gereicht hätte. Die Streikenden hatten von vornherein die erhoffte aktive Unterstützung der Eisenbahn- und Transportarbeiter in dem erwarteten Maße nicht für sich, zudem aber gewisse wirtschaftliche Notwendigkeiten gegen sich.

Bereits am 1. Juni sprach sich der Sekretär der Bergarbeiter Hodges für eine ehrenvolle Regelung aus, die einen den Lebensunterhaltskosten entsprechenden Lohn sichere. Die Regierung müßte eine Unterstützung bis zum 30. September versprechen. Die Regierung erklärte denn auch, die der Kohlenindustrie zugesagten zehn Millionen Pfund Sterling bis Ende September zu verteilen. Die Unternehmer forderten, daß bei der Regelung auf Grund der Vorkriegslöhne der eingetretenen Produktionsminderung Rechnung getragen werden müsse. Die Regierung suchte jeweils durch Versprechungen und Drohungen einzugreifen.

Schwieriger noch gestaltete sich für die Bergarbeiter der Beschluß der Eisenbahner und Transportarbeiter am 2. Juni, das Verbot der Kohlenbeförderung vollständig aufzuheben. Die Bergarbeiter beharrten auf ihrem Standpunkte, daß die Gewinne aus den Bergwerksbetrieben einer gemeinsamen Kasse zufließen müßten. Die Besitzer zeigten sich dann geneigt, dem Plan eines nationalen Lohnbureaus nach den Vorschlägen der Regierung zuzustimmen.

Die Führer der Bergarbeiter wurden dann ermächtigt, mit den Besitzern auf den Distriktskonferenzen frei zu verhandeln. Die Erklärung der Regierung, daß sie ihr Angebot, 10 Millionen Pfund zur Erleichterung des Lohnabbaues zur Verfügung zu stellen, nur bis zum 18. Juni aufrechterhalte, über welchen Termin sie schließlich hinausging, faßten die Arbeiter als eine Erpressung auf, zumal Lloyd George wieder mit gesetzlichen Zwangsmahnahmen drohte. Die Besitzer beschränkten sich dann auf einen Abzug von 3 Schilling pro Tag auf die Dauer von 6 Monaten. Die weniger ertragreichen Gruben sollen aus den Millionen unterstützt werden. Der Vollzugsausschuß erklärte hierin die Möglichkeit einer Verständigung, da die Befürchtung, die Löhne würden unter das lebensnotwendige Niveau herabstinken, behoben sei. An der Abstimmung am 15. Juni beteiligten sich aber nicht einmal die Hälfte der Bergarbeiter. Die Bedingungen der Zehnerbesitzer wurden mit 313 708 gegen 111 846 Stimmen abgelehnt. Sollte der Kampf weitergeführt werden, müßte er verstärkt werden. Die übrigen in Betracht kommenden Organisationen verlangten jedoch den Bergarbeitern ihre Mitwirkung bei einem Generalstreik, trotz des Hinweises, daß die Bergarbeiter die Vorkämpfer für eine angemessene Lebenshaltung seien. Durch einen Generalstreik in dieser Situation und bei der ganzen wirtschaftlichen Konjunktur konnte den Bergarbeitern wenig mehr geholfen werden, den übrigen beteiligten Organisationen aber gewaltigen Schaden, wenn nicht eine Lahmlegung erwachsen, die sie den Lohnabbaubestrebungen gegenüber zur Ohnmacht verurteilte. Abgesehen von der Drohung Lloyd Georges mit einem besonderen Schuß der Arbeitswilligen. Es kam zu neuen Verhandlungen und dabei zu dem vorläufigen Übereinkommen vom 28. Juni, wonach der Tagelohn sofort um 2 Pence, im August und im September um je weitere 6 Pence erhöht wird. Die Regierung versprach die 10 Millionen, wenn der Bergarbeiterverband sich verpflichtete, die Wiederaufnahme der Arbeit sofort anzuordnen, das Abkommen mit den Besitzern, wonach diese anstatt 20 Proz. nur 17 Proz. vom Reingewinn beanspruchen, während den Bergarbeitern 83 Prozent zugeteilt werden sollten, als fortdauernd zu betrachten. Die Bergarbeiter stehen zugunsten der Verständigung ihre Forderung auf Schaffung einer nationalen Ausgleichskasse fallen.

Die Lehren dieser Bewegung bedürfen noch der Klärung und einer eingehenden Würdigung.

Oberschlesiens künftiger Schicksal.

(Von unserem Doppelner Korrespondenten.)

S. A. Doppelner, 3. Juli.

In der Geschichte des Unglücksstandes Oberschlesiens hat ein neues Kapitel begonnen. Als ein kurzes Zwischenkapitel ist es gedacht, denn noch im laufenden Monat soll der angeblich endgültige Spruch des Pariser Obersten Rates eine völlig neue Aera einleiten. Womit haben wir inzwischen zu rechnen und was bleibt uns vorläufig zu tun?

Das Kapitel läßt sich kurz charakterisieren durch das Wort „Räumung“. Mit vieler Mühe mit Ach und Krach war das Abkommen zwischen den sämtlichen Beteiligten zustande gekommen. Danach soll bis zum 5. Juli ganz Oberschlesien geräumt sein, von den Insurgenten sowohl wie vom Selbstschutz. Zug um Zug hat das zu erfolgen, schrittweise mit Ruhepausen, gleichsam immer der Pole einen Schritt zurück, dann der Deutsche. Aber — hier meldet sich das erste Aber! Keiner traut dem andern, beide Parteien verbreiten Nachrichten des Inhalts: der Gegner handelt nicht ehrlich. Nun, wir wollen innererlei ohne weiteres zugeben, daß innerhalb des Selbstschutzes der Widerstand gegen den planmäßigen Abmarsch nicht ganz gering war und ist; indessen ist dieser Widerstand bisher mit gutem Erfolg überwunden. Die betreffenden Elemente mußten sich dem General Hoefler fügen und sie fanden sogar errettenderweise diesmal keinen Rückhalt an den nationalistischen Politikern Oberschlesiens. Die maßgebenden Faktoren auf deutscher Seite sind einig in dem Willen zur Loyalität, und sie glauben die planmäßige Durchführung des Abkommens gewährleisten zu können, falls nicht etwa Korfanty das unmöglich macht. So ist bereits ein erheblicher Teil der Truppen abtransportiert, Kontingente, die nun in Oberschlesien sich ausruhen und sich auflösen — sollen. . . . Leider sind gerade zumeist die übleren Elemente noch im Lande, darunter viele wackere Landsknechte mit Freikorpsvergangenheit.

Auf polnischer Seite häufen sich tatsächlich die Verstöße gegen das Abkommen. Von den vielen Meldungen über den neuen Zuzug aus dem Polenstaat entsprechen einige der Wahrheit. Die Bandenbildung nimmt womöglich an Umfang zu, der Terrorismus nimmt kaum ab. Die Vorfälle auf Gleiwitz und Beuthen Ende Juni waren recht ernster Natur. Dazu kommt schließlich noch, daß ein Teil der Rotweissen sich einfach ungruppiert und daß die Waffen größtenteils im Lande bleiben.

Und damit kommen wir zum zweiten Aber. Für die Zeit zwischen dem 5. und dem Termin des Spruches, also etwa dem 20., soll die Polizei durch sogenannte Einwohnervewehrer ausgeübt werden. Die Alliierten verlangen, daß niemand eingestellt wird, der an den Kämpfen beteiligt war; das läßt sich aber tatsächlich in der Gile nicht durchführen, und so werden in Korfantis bisherigem Bereich einfach Insurgenten verwandt. So dürfte die sogenannte Neupo einen noch stärkeren polnischen Einschlag aufweisen als seinerzeit die paritätische Apo. Damals waren die polnischen Apo-beamten an den meisten Orten kurzerhand gegen ihre deutschen Kollegen vorgegangen, hatten sie überwältigt, mißhandelt, ja wohl auch über die Grenze verschleppt. Die Gefahr einer Wiederholung ist noch größer geworden, und man würde es den Deutschen nicht übel nehmen können, wenn sie sich durch den Eintritt nicht exponieren wollten. Wie dem auch sei, die neue Polizei ist jedenfalls als höchst unzuverlässiges Element in Rechnung zu stellen, als Kristallisationspunkt eines neuen Aufstandes.

Und damit kommen wir zum Wesentlichen: Man rechnet hier sehr ernsthaft mit dem vierten Polenaufrüstungsstand! Diese Befürchtung stammt nicht aus überhitzter Nervosität, sondern auch innerhalb der Internationalen Kommission hegt man derartige Sorgen. Der Internationalen Kommission und den Truppenführern ist zurzeit gar nicht wohl. Immer angenommen, daß die Räumung ohne Zwischenfall beendet ist, so haben dann ihre Truppen das Land wieder in Gewahrsam zu halten. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß sie sich dieser Aufgabe nicht recht gewachsen fühlen. Sie fühlen sich zahlenmäßig zu schwach; und sie möchten eine Feststellung ihres Versagens nicht gern zum zweitenmal riskieren. Denn es bleibt doch nun einmal so, wie es gewesen ist: will etwa ein englischer Kommandant ernsthaft vorgehen, dann mag der italienische Kollege nicht recht, und die Franzosen wollen überhaupt nie! Die vielen übergeordneten französischen Kommandanten sehen eben, an der Spitze der unsagbare Le Rond, in den Polen ihre intimen Bundesgenossen, die von Landsleuten ausgebildet und mit heimatischen Waffen versehen sind. Diesen kampfsüchtigen Truppen, die zur Beruhigung dienen sollen und tatsächlich immer nur schlaftrüge Ruhe bewahren, gebührt wahrlich der Delzweig und die Friedenspalme. Was uns leider nichts hilft. Wie gesagt, die Herren wissen es selbst am besten, wo sie der gesprochene Militärstiefel drückt. Es heißt ganz offen in ihrer Umgebung: Korfanty wird wieder einmal die berüchtigten „vollendeten Tatsachen“ schaffen wollen, ungefähr kurz bevor der Spruch zu Paris erfolgt. So zuverlässig sich auch Korfanty im letzten Aufzuge gibt, so weiß er doch, daß nicht alle seine Träume Wahrheit werden können, daß — wir wollen es immer noch hoffen — der größte Teil des Industrieretrievers nicht der Verwahrlosung

ausgeliefert werden dürfte. Er weiß es, und alles deutet darauf hin, daß er seine Maßregeln im voraus trifft. Der Fanatismus wird dann noch weniger zu zügeln sein, als beim vorigen Aufstand. Ungeheuren Wirtschaftszentren droht Vernichtung, der deutschen Bevölkerung ein neues, schweres Martyrium.

Wie können wir unsererseits der Gefahr vorbeugen, daß nicht die neue Aera mit solchen Schrecknissen anhebt? Die Antwort muß leider zum Teil unbefriedigend lauten. Uns am Ort sind die Hände gebunden, wir haben zurückzuführen hinter der Internationalen Kommission und der neuen Polizei. Das Wort hat jetzt Berlin! Die zuständigen Reichsstellen haben jetzt wieder eine Gelegenheit, vielleicht die überhaupt letzte. Wird auch sie verpaßt werden?

Die deutschen Oberschleifer wünschen fast einseitlich, daß man bei den Alliierten so gütig durchsetzt:

Im Moment des Spruches darf reichsdeutsche Schutzpolizei, die inzwischen bereit gestellt ist, die uns endgültig zugesprochenen Gebietsteile besetzen. Das wäre der beste Schutz gegen einen vierten Putz, überhaupt gegen die Nichtanerkennung des Spruches von polnischer Seite. Wir sehen keine andere zweckentsprechende Lösung. Eine zweite Möglichkeit, die eigene Selbstwehr kommt ernsthaft nicht mehr in Betracht. Man denkt aber auch — und zwar leider sogar innerhalb der Berliner verantwortlichen Kreise — noch an eine dritte, an das Wiedereinsetzen von Freikorps, Grenzwache, Selbstschutz, Hofer oder sonstwer soll es wieder machen. Diese Ansicht ist uns sozusagen unverständlich. Will man wiederum mit dem Feuer spielen? Glaubt man wirklich, dann die Landstroläher zurückhalten zu können? Will man Löwenfeld oder sonst einen Kappisten zum Diktator? Unsere Genossen danken dafür, und die große Mehrzahl der deutschen Oberschleifer dankt gleichfalls. Ueberdies ginge man dadurch einem Bruch mit den Westmächten entgegen, je dem offenen Krieg mit dem Polenstaat.

Noch einmal: es bleibt nur der obige Ausweg. Wir wünschen und verlangen eine rechtzeitige Vorsorge seitens der Reichsregierung für die endgültig deutschen Gebietsteile im obigen Sinne. Ideal ist diese Schulpflicht zwar auch nicht, an ideale Lösungen ist in der ganzen ober-schleisischen Frage aber ohnehin nicht mehr zu denken. Es handelt sich um einen Ausweg, bei dem man die Zustimmung der Alliierten und das Entgegenkommen der Ronds unsicher erreichen könnte. Wer ihn bahnen hilft, der hilft, so meint man in Oppeln, zu retten, was noch zu retten ist.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 4. Juli.

Nach Erledigung einiger unwesentlicher Punkte, werden das Gesetz über die Abwicklung von Kriegsgesellschaften sowie über den Übergang der Wasserstraßen von den Ländern auf das Reich ohne Ausnahme in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der dritten Lesung des Militärstrafgesetzes wird nach der Berichterstattung des Abgeordneten Andre die Zustimmung vorläufig ausgesetzt.

Es folgt der Nachtragsetat der Marine.

Kuhnt (NSD.): Die Kriegsmarine hat keine Existenzberechtigung mehr. Trotzdem stellen die Marinemilitaristen immer weitergehende Ansprüche. Der verlangte Nachtragsetat ist ungeheuer groß. Der Fall Scheer ist trotz meines dringenden Verlangens immer noch nicht aufgelöst. Scheer hat als Flottenchef 1917 die Ermordung von Matrosen wegen angeblicher Meuterei herbeigeführt und auf die schändliche Erklärung des beteiligten Obergerichtsrats, daß die Todesstrafe juristisch nicht zulässig sei, schriftlich erwidert, er verkenne das nicht, werde das Todesurteil aber dennoch vollziehen lassen. Wir lehnen die angeforderten Mittel für die Marine, die ein Werkzeug der Reaktion ist, ab.

Dr. Moses (NSD.): Ungeheurer Verschwendung ist es, daß für die 15000 Marinesoldaten 91 Ärzte angestellt sind. Reichswehrminister Gehler hat gegen eine neuerliche Erhöhung der Kräfte gelegentlich der nächsten Etatsausstellung nichts einzuwenden.

Der Nachtragsetat wird gegen die Stimmen aller sozialistischen Parteien angenommen.

Beim nachfolgenden Nachtragsetat des Auswärtigen Amtes fordert eine Ausschüßenschiebung die Umgestaltung der Reichszentrale für Heimdienst, der ein parlamentarischer Beirat beigegeben werden soll.

Dr. Cremer (DVP): Der Umbau dieser Zentrale zu einer Organisation, wie wir sie brauchen, muß von Grund auf erfolgen. Sie ist dem Reichsministerium des Innern anzuschließen. Wir fordern die Auflösung der Zentrale für Heimdienst zum 1. Oktober.

Mumm (DVP) fordert an Stelle der Zentrale für Heimdienst eine über allen Parteieninteressen stehende und nur den Interessen des Staates dienende Organisation. (Lachen bei den Kommunisten.) In einer solchen Reichszentrale müssen alle Parteien mitarbeiten können.

Sollmann (SD): Keine der Parteien, wenn sie kritisch die Sache betrachtet, wird bei dieser Zentrale alles in Ordnung finden. Der Abgeordnete Cremer begründet seine Forderung nach Auflösung der Zentrale mit Sparsamkeitsrücksichten. Er vergißt doch es sich hier um einen Friedensdienst handelt. Während des Krieges, als Herr Cremer im Presseamt der Armee tätig war, wurden für Propaganda ganz andere Summen ausgegeben. Das Urteil der Frau Warm kann nur auf eine lächerliche Kenntnis der Sache zurückzuführen sein. Gerade während des Kapp-Putzes haben viele Beamte des Heimdienstes ihre Haut für die Regierung zu Markte getragen. In dieser Zeit wurde eine ganze Million für Propaganda-Druckereien im Sinne der Verfassung ausgegeben. Es sind Anhänger aller Parteien für die Zentrale tätig. In leitender Stellung ist nur ein Mitglied der unabhängigen Partei, der Landrat in Erfurt, tätig. Als Revolutionsminister hat Herr Kosenfeld ebenfalls nicht gegen die Auflösungsarbeiten der Zentrale demonstriert. Die Zentrale für Heimdienst muß zu einem brauchbaren Instrument gegen jeden gewaltthätigen Umsturz ausgebaut werden und unter händiger parlamentarischer Kontrolle stehen, weshalb ihr ein parlamentarischer Beirat beigegeben ist. Die Zentrale hat eine große Aufgabe für die deutsche Sprache und Kultur in den Grenzgebieten zu erfüllen. Wir fordern die Beibehaltung der Zentrale in abgeänderter Form nach den Wünschen des Ausschusses.

Die Zustimmung über den Haushalt wird wegen Beschlußunfähigkeit zurückgestellt.

Der Nachtrag zum Haushalt des Reichstages wird ohne Ausrede angenommen. Ebenso in dritter Lesung das Gesetz über die Verordnung der vor dem 1. August 1914 aus der Wehrmacht ausgeschiedenen Militärpersonen.

Es folgt die zweite Beratung des Fernsprechtarifgesetzes. Ein Zentrumsantrag auf Wiederherstellung des vom Anschluß schließenden § 9 des Fernsprechtarifgesetzes wird angenommen, sowie die ganze Vorlage in zweiter und dritter Lesung. Ebenso eine Entschließung betreffend die Auflösung der öffentlichen Fernsprechtarife auf Gütern, soweit kein öffentliches Interesse vorliegt.

Es folgt die zweite Lesung des

Wehrmachtsversorgungsgesetzes.

Karsten (NSD): Wir lehnen dieses Gesetz entschieden ab. Es widerspricht der Erklärung der Regierung, die, wenn es sich um soziale und kulturelle Aufgabe handelt, jedesmal behauptet, es sei zu wenig Geld da. Die Gehälter der Offiziere und Mannschaften sind ohnehin schon hoch genug. Die entlassenen Mannschaften haben bei Erwerbslosigkeit ebenfalls, wie die Arbeiter, nur Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Wenn man aber noch Ansummen für das Militär fordert, so haben wir noch ein weit größeres Recht, für Leute, die im Arbeitsprozess zugrunde gegangen sind, dementsprechende Unterstützungsmittel zu verlangen.

Reichswehrminister Gehler: Ich verstehe zwar den grundsätzlichen Standpunkt der Redner, kann ihn aber nicht billigen. Wir wollen nur ein Heer zum Schutze der Verfassung. Es ist nicht richtig, daß wir die Versorgung der Mannschaften nur als Kader aufgenommen haben. — Der Antrag, den entlassenen Wehrmachtangehörigen nur Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, wird gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Kaiser (SD) beantragt, daß die Versorgung der Beschädigten schon dann eintreten soll, wenn sie während der Dienstzeit entstanden sind. Bedingung ist, daß sich während der Dienstzeit und innerhalb 4 Wochen nach Ausbruch der Krankheit gemeldet wird. Die Beweislast, daß es sich um keine Dienstbeschädigung handelt, muß den Militärs treffen.

n. Gallwitz (DVP): Der sozialdemokratische Antrag ist unannehmbar.

Andre (Z): Die vierwöchige Frist bedeutet gegenüber dem Reichsversorgungsgesetz eine Schmälerung.

Hoch (SD): Nicht um Ueberbreitung des Rechtsanspruches handelt es sich, sondern um die Beweislast nach und vor der Frist.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Ein deutschnationale Antrag, daß außer einmaliger Ueberanlassungshilfe, Unzuversichtschädigung und Sterbebeihilfen auch Geld und Geldeswert bis zum Betrage der Beihilfe noch bis zu drei Monaten nach ihrer Auszahlung unentgeltlich sein sollen, wird mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Die Sozialdemokraten beantragen ferner, daß demjenigen Offizieren ein lebenslängliches Ruhegehalt nicht mehr gewährt werden soll, die nach 10 Jahren wegen unzureichender Dienstbefähigung entlassen werden.

n. Schach (DVP): Die Annahme dieses Antrages würde die alte Majorseite wieder einführen.

Kaiser (SD) begründet den Antrag. Die Zahlung des Ruhegehaltes für als unfähig entlassene Offiziere können wir nicht billigen. Aber Voraussetzungen nach wird ein Offizier, der z. B. eine Forderung nicht annimmt, von seinem Vorgesetzten für dienstunfähig erklärt und der Staat muß das Ruhegehalt für diesen Offizier zahlen. Ist ein Offizier für eine hohe Stelle unfähig, dann soll man ihn in der bisherigen lassen.

Reichswehrminister Gehler: Bei Entlassungen kann ich mich nur an den Dienstvertrag halten. Unter allen Umständen muß die Maßnahme der Disziplinierung von Offizieren auch weiterhin geübt sein, ebenso müssen wir Handhaben besitzen, um einen Offizier entlassen zu können, ohne daß er sich direkt eines Vergehens schuldig gemacht hat, (nach links:) denken Sie doch nur an die eiskalten Schiffsleute, die stets torpediert handelten. Für diese darf in der Reichswehr kein Platz sein.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien abgelehnt.

Zu § 54a, der die einmalige Ueberanlassungshilfe für Offiziere bis zu Dienstjahren mit Hauptmannsgehältern vorsieht, liegt ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung vor. Der Antrag wird abgelehnt. Ein Zentrumsantrag, daß für alle Offiziere die einmaligen Gehälter drei Monate nach der Auszahlung und fernerhin bleiben, wird angenommen. — Damit ist die zweite Lesung beendet. — Die dritte Lesung findet am Dienstag statt.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes über religiöse Kindererziehung.

Leicht (DVP) äußert Bedenken. — Das Gesetz wird gegen die Stimmen der Bayerischen Volkspartei in zweiter und dritter Lesung und in der Fassung des Rechtsausschusses verabschiedet.

Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. Anhang: keine Vorlagen, Nachtragsetat, Wehrmachtsversorgungsgesetz.

Einigung des Proletariats.

Auf dem Parteitag der Labour Party in Brighton, der sich mit überwiegender Mehrheit für das Verbleiben in der 2. Internationale entschieden hat, ist ein Antrag über Anschluß an die Moskauer Internationale ohne Diskussion zurückgezogen worden und folgende Resolution einstimmig angenommen worden: „In Anbetracht der augenblicklichen Lage der Arbeiterbewegung in ganz Europa und des Wechsels im Sekretariat der Internationale beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, Schritte zur Festigung der Stellung der 2. Internationale zu unternehmen, die zur Sicherung einer demokratischen Grundlage im Gegensatz zu den Prinzipien der Diktatur geeignet sind. Es sollen an alle sozialistischen Organisationen der Welt Einladungen zu einer Konferenz verschickt werden, auf der eine umfassende Internationale geschaffen werden kann. Der Parteitag fordert eine Fühlungnahme zwischen der Zentrale der Wiener internationalen Arbeitsgemeinschaft und dem Exekutivkomitee der 2. Internationale, um eine Einigung vorzubereiten und weiteren Spaltungen entgegenzuarbeiten.“

Das Exekutivkomitee der 2. Internationale, dem die englischen Mitglieder diese Resolution vorlegten, erklärten sich damit einverstanden, daß die Labour Party durch ihren Vorsitzenden Henderson diese Resolution an alle in Betracht kommenden Organisationen verleihe und auch bei der Zentrale der Wiener Arbeitsgemeinschaft anfrage, ob sie eventuell zu einer Zusammenkunft mit der Labour Party bereit sei, um die Verwirklichung der Resolution zu beraten. Es ist in Aussicht genommen, die in der Resolution vorgeschlagene Konferenz für Anfang Oktober nach London zu berufen.

Mehrere hundert Menschen auf einen Wolgabampfer verbrannt.

M. Maschau, 5. Juli. Bei dem Brande eines russischen Dampfers auf der Wolga sind mehrere hundert Passagiere ums Leben gekommen, darunter der Bischof von Nowgorod, mehrere Universitätsprofessoren, die zu Unterrichtszwecken nach dem Kaukasus reisten und eine Abteilung russischer Geheimpolizei. Aus der Anwesenheit der letzteren auf dem Schiff schließt man, daß der Brand infolge eines Anschlages, der gegen diese Geheimpolizisten geplant wurde, entstanden sei.

Der Kampf gegen die Handelsflagge.

Mit welchen Mitteln von den reaktionären Parteien versucht wird, die Einführung der neuen Handelsflagge zu verhindern, zeigt das nachstehende Schreiben, das vom „Zentralverein Deutscher Reederei“ am 24. v. M. versandt wurde:

„Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß auch nach der gegenwärtigen Fassung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 11. April 1921 die alte Handelsflagge auf jeden Fall noch bis zum 1. Januar 1922 geführt werden kann. Mit Rücksicht darauf bitten wir unsere Mitglieder dringend, ihre Kapitäne schleunigst anzuweisen, die neue Flagge, auch wenn solche sich an Bord befinden sollte, nicht vor dem 1. Januar 1922 zu setzen. Inzwischen kann der Erfolg der von Deutschen Seefahrtsauschuß seemannischer Berufsverbände eingeleiteten Bewegung in Ruhe abgewartet werden.“

Inzwischen beschloß bekanntlich am 26. Juni der Reichstag mit einer kleinen Mehrheit, daß nunmehr die neue Handelsflagge endgültig einzuführen ist. Die Verfasser des Rundschreibens befinden sich übrigens hinsichtlich des Datums der Einführung der Handelsflagge in einem bedenklichen verfassungsrechtlichen Irrtum; diese ist nämlich nicht erst ab 1. Januar 1922 von den Handelschiffen zu führen, sondern die Verordnung des Reichspräsidenten ordnet die Führung der neuen Handelsflagge ab 1. Juli d. J. an. Von diesem Tage an haben sämtliche Handelschiffe, die deutsche Häfen verlassen, die neue Flagge zu führen, und nur für solche Schiffe, die sich gegenwärtig im Auslande befinden und die neue Flagge noch nicht bei sich führen, ist die Verordnung bis zum 1. Januar des folgenden Jahres ausgedehnt. Wir warnen nachdrücklich vor einer Irreführung der öffentlichen Meinung, die für die falsch Unterrichteten unangenehme Folgen tragen könnte.

Erfolge der Reichspolitik.

In einer Zeit, die von Krisen gefüllt und von Gerüchten erschüttert wird, dürfen Symptome nicht übersehen werden, die auf Besserung deuten und positive Erfolge verheißen. Noch kann über die Tätigkeit der gegenwärtigen Reichsregierung kein abschließendes Urteil gefällt werden; es besiegelt sich jedoch der Eindruck, daß der Optimismus des Reichsfanzlers nicht ganz ungerechtfertigt erscheint und daß er, was wesentlich ist, mit diesem Optimismus seine Mitarbeiter durchdrungen hat.

Der 30. Juni war ein Schicksalstag für die deutsche Republik. Bis zu ihm waren eine Reihe von wichtigen Bedingungen des Ultimatums zu erfüllen. Mit Genugtuung darf die halbamtliche Meldung begrüßt werden, wonach in allen Punkten die Frist innegehalten worden ist. Drei Faktoren sind es vor allem, von denen eine einigermaßen ruhige Entwicklung für die nächste und die spätere Zukunft abhängt. In erster Linie muß die Reichsregierung nach wie vor der Verlauf der bayrischen Entwaffnung beachten. Die bayrische Reaktion befindet sich gegenwärtig in einem Zustande des passiven Duldens und Geschehenlassens. Eherlich ist zurückgetreten, hat aber drohend erklärt, daß sein Geist weiterlebe, und das Verhalten der Poehner-Polizei in München und ihr neuester Gewaltstreik gegen das sozialdemokratische Flugblatt geben einen anschaulichen Begriff davon, wie dieser bayrische Geist in die Erscheinung zu treten beabsichtigt.

Der zweite wichtige Faktor ist die befriedigende Lösung der ober-schleisischen Frage. Wir wissen uns frei von jedem Nationalismus, wenn wir eine Regelung fordern, die den Prinzipien der Gerechtigkeit und des Volkswillens entspricht. In diesem Zusammenhang muß besonders an eine kürzlich gefallene Äußerung des unabhängigen Führers Dr. Breitscheid erinnert werden, der mit aller Deutlichkeit aussprach: „Was deutsch ist, muß deutsch bleiben!“

Der dritte Faktor, der unerläßliche Voraussetzung für eine gedeihliche Zukunft ist, ist die Aufhebung der Sanktionen im Rheinland, die im Reichstage verhandelt wurde. Die Entente, die sich bei all ihren Maßnahmen auf die heiligen Grundsätze des Völkerechts, auf Treu und Glauben und die Maximen internationaler Gerechtigkeit beruft, muß zu der Erkenntnis gelangen, daß von einem „fair play“ Deutschland gegenüber nur dann gesprochen werden kann, wenn die eingegangenen Verpflichtungen nicht nur von deutscher Seite, sondern auch von der Entente Zug um Zug erfüllt werden. Von demselben Augenblick an, in dem eine deutsche Reichstagsmehrheit die Annahme des Entente-Ultimatums vollzög, haben die Sanktionen jegliche Existenzberechtigung verloren. Keine sophistische Auslegung ist imstande, diese fundamentale Tatsache aus der Welt zu schaffen.

Gelingt es der Reichsregierung, die drei hier angeführten Punkte, über deren Schwierigkeit allerdings niemand im Zweifel sein kann, zu einer befriedigenden Lösung zu bringen, so ist zwar nach wie vor zu einem überschwenglichen Optimismus kein Anlaß, wohl aber darf man der Ueberzeugung sein, daß der Bestand der deutschen Republik trotz aller reaktionären Anstürme gesichert ist. Hierbei darf allerdings die Unselbständigkeit nicht nur der Entente, sondern jeder deutschen Regierung nicht übersehen werden, die in ihren Handlungen und Entschlüssen frei zu sein längst aufgehört hat. Jedoch darf das Echo nicht überhört werden, das die Handlungen einer deutschen Regierung im Auslande erwecken, von deren ehrlichem demokratischen Kurs sich auch das Ausland überzeugt hat. Hier sind Wege zu einer internationalen Verständigung, die eines Tages, mag dieser Tag auch noch fern sein, zu einer Ueberwindung jeder Gewaltpolitik und zu einer Verständigung auf der Basis des wechselseitigen Meinungsaustausches führen müssen.

Eine Delegiertenklärung über die Polenbehandlung im Ruhrgebiet.

M. Berlin, 4. Juli.

Die aus Polen und Deutschen zusammengesetzte Posener Kommission ist gestern aus dem Ruhrgebiet nach Berlin zurückgekehrt. Sie gibt über das Ergebnis ihrer Reise für die deutsche und polnische Presse eine Erklärung ab, worin es u. a. heißt:

„Die polnischen Arbeiter des Ruhrgebietes sind wegen ihres Stammeszugehörigkeit keiner Ausnahmebehandlung unterworfen. Abgesehen von wenigen Einzelfällen haben keine Entlassungen stattgefunden, geschweige denn Ausweisungen stattgefunden. Staatliche Behörden, Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind gleichermaßen bestrebt, das freundliche Zusammenarbeiten beider Nationalitäten sicherzustellen.“

Die Kommission begibt sich heute in das Niederrheinische Braunkohlenrevier.

Paul Müllers Ende.

Das Hambg. Echo schreibt: Der Vorstand des Deutschen Transportarbeiterverband hat in seiner letzten Sitzung sich mit dem Verhalten des Leiters der Reichsleitung der Seeleute, Paul Müller-Hamburg, in der Flaggenfrage beschäftigt. Es wurde einstimmig beschlossen, das Verhalten Paul Müllers auf das schärfste zu rügen. Paul Müller hat sein Amt niedergelegt und seinen Austritt aus dem Verband erklärt. Und da behauptete der volksparteiliche Redner im Reichstag, Müller hätte die ganze Organisation hinter sich.

Der Verleumdungsprozess.

Die Strafkammer Stade verurteilte heute den Redakteur Baum jr. von der „Tosledter Zeitung“ wegen Verleumdung des Reichspräsidenten zu 5 Monaten Gefängnis.

Das Blatt hat in einer Reihe von Artikeln, den Reichspräsidenten und seine Angehörigen in gehässiger Weise beschimpft; u. a. hat das Blatt behauptet, der Reichspräsident habe sich zur Zeit der größten Lebensmittelnot besondere amtliche Zuwendungen von rationierten Lebensmitteln verschafft und, während das Volk darbt, kippig gelebt. Die von dem Angeklagten versuchte Beweisführung ist völlig mißlungen. Die Beweisannahme ergab vielmehr die völlige Unrichtigkeit seiner Behauptungen.

Unter anderem wurde festgestellt, daß zwar während des Krieges die Gepflogenheit bestand, Reichsanzwiler, einzelne Staatssekretäre und das diplomatische Korps mit rationierten Lebensmitteln für Essen aus dienstlichen Anlässen amtlich besonders zu besorgen, daß aber der Reichspräsident wenige Zeit nach Antritt seines Amtes auf diese Bevorzugung ausdrücklich verzichtet hat. (So steht die „republikanische Korruption“ und die „gute alte Zeit“ aus! Red. d. B.)

Wie schon in früheren ähnlichen Prozessen, wurden auch in dieser Beweisaufnahme die Erzählungen von einer „unmäßigen Lebensweise“ des Reichspräsidenten als böswillige Erfindungen nachgewiesen. Das Gericht sagte in der Urteilsbegründung, daß gegen solche nichtswürdige, niedrige und pöbelhafte Verleumdungen des Reichsoberhauptes, die geeignet seien, das deutsche Ansehen im Ausland herabzusetzen und die Gegensätze im Innern zu vertiefen, energische Gefängnisstrafen notwendig seien. Der Mitangeklagte Ketter wurde zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Bolschewisten in Luxusbädern.

ft. Berlin, 2. Juli.

Am 24. Juni hatten die Deutschnationalen im Reichstag eine Anfrage gestellt, die sich auf die Anwesenheit des russischen Volkskommissars Kadel bezog. Die Reichsregierung sollte Auskunft darüber geben, ob sich Kadel sowie andere namhafte bolschewistische Persönlichkeiten in Deutschland aufhalten. Der Regierungsrat v. Malchahn gab die Auskunft, indem er aufzählte:

„Drei prominenten bolschewistischen Persönlichkeiten, die zum Kuraufenthalt in Deutschland Einreiseerlaubnis erhalten haben, sind zu nennen:

- Krestinsky, Volkskommissar für Finanzen, war im Riffingen, ist zurzeit in Gmund am Tegernsee,
- Zurupa, Volkskommissar für Ernährungswesen, zurzeit Nauheim, später Nachfür in Totmoos (Baden),
- Djinski, stellvertretender Volkskommissar für Landwirtschaft, St. Blasien (Schwarzwald),
- Sokolnikow, Heerführer in der Roten Armee (hat den Brest-Litowsker Frieden mitunterzeichnet), St. Blasien (Schwarzwald).

Während die Trozki und Lenin die deutschen Kommunisten zu gewaltpolitischem Treiben begeistern und ihnen vorkaufeln, daß sie dadurch das Weltproletariat befreien könnten, lustwandeln in den teuersten Modesbädern die hervorragendsten Sowjetleute gemeinsam mit der Aristokratie von Geld und Adel. Aber in den deutschen Luxusbädern halten sich zu gleicher Zeit auch führende Kreise des russischen Adels auf, die, wenn in Rußland eine wirkliche Diktatur des Proletariats herrschte, nicht entfernt in der Lage sein könnten, für Badereisen so reichliche Mittel auszugeben. Allein in den letzten Tagen haben nach Mitteilung des Regierungsrats Malchahn neben den Bolschewisten folgende rechtspolitisch orientierte Russen die Einreiseerlaubnis zum Kuraufenthalt erhalten:

- Konstantin General Sacharoff (Bad Reichenhall, 3 Wochen),
- Dimitri Herzog von Leuchtenberg (Baden-Baden, 3 Monate),
- Fürst Sergius Wjefoljstj-Wjefoljstj (Bad Reichenhall, 3 Wochen),
- Erzbischof Antonius (Bayern, 3 Wochen),
- Fürst Anatol Stepan (Bayern, 3 Wochen),
- Graf Mussin-Pousschin (Baden-Baden, 2 Monate),
- Wladimir Suchozminoff (Dresden, 2 Monate),
- Baron Nikolaus Korff (Widungen, 3 Wochen),
- Graf Nikolaus von Gerlen (Baden-Baden, 3 Monate).

So gedeiht im Rußland der „proletarischen Diktatur“ gleichzeitig die Adels- und Sowjetaristokratie, während die russischen Arbeiter zu Tausenden verhungern. Nach solchen Zuständen sollten sich deutsche Arbeiter sehnen?

Der Wanderpreis Sr. Majestät.

In der letzten Nummer der Seglerzeitung „Die Yacht“ fand sich folgende Notiz:

Wanderpreis Sr. Majestät des Kaisers und Königs Wilhelm II., dem Steitiner Yachtclub verliehen.

1. Um den Wanderpreis seiner Majestät des Kaisers können sich nur deutsche Segler mit einer deutschen Yacht bewerben, welche einer der nationalen Kreuzerklassen der D. S. B. in der Größe von 45 Am. und darüber angehört, Yachten, die Klubeigenen sind, sollen von dem Wettbewerb soweit ausgeschlossen sein, als sie den Wanderpreis niemals endgültig erhalten können, sondern sich in jedem Falle mit dem unter 4. genannten Ehrenschild begnügen müssen.

2. Die Ausregelung des Wanderpreises Sr. Majestät des Kaisers erfolgt auf den Wettfahrten der Sommerwoche nach Punktbeurteilung. Näheres im Programm der Wettfahrten.

3. Der Wanderpreis kann nur durch dreimaligen Sieg ohne Zwischenfolge endgültig gewonnen werden.

4. Der Sieger ist verpflichtet, den Preis auf den im nächsten Jahre stattfindenden Wettfahrten zu verteidigen oder zurückzugeben. Bei der Rückgabe erhält der Sieger vom Steitiner Yachtclub einen silbernen Ehrenschild mit entsprechender Widmung.

5. Ist der Gewinner nicht mehr im Besitz der segelnden Yacht, so soll er berechtigt sein, den Preis mit einer anderen deutschen nationalen Kreuzeryacht der ausgeschriebenen Klassen zu verteidigen.

6. Der Sieger ist verpflichtet, bis zum endgültigen Gewinn des Wanderpreises bei Auslieferung desselben auf Verlangen des Steitiner Yachtclubs für die Sicherheit des Preises eine Garantie von 20 000 Mark zu leisten. Verzichtet der Segler auf die Auslieferung des Preises, so erhält er den unter 4. erwähnten Ehrenschild.

7. Der Wanderpreis Sr. Majestät des Kaisers darf niemals als Klassenpreis gelten.

Dieses Preisauschreiben ist in verschiedener Hinsicht sehr lehrreich. Wenn der Exkaiser im Kreise seiner Umgebung als Majestät auftritt und sich dementsprechend titulieren läßt, so ist das zwar natürlich, immerhin aber doch seine Privatangelegenheit. Wenn er jedoch trotz seiner Abkantung deutschen Staatsbürgers als „Kaiser und König“ Preise verleiht, so nimmt er damit eine seiner früheren Herrscherfunktionen auf. Daß Wilhelm wieder Sinn und Geschmack an solchen Kindereien findet, beweist, daß ihn das Unglück und Elend, das durch seine Mitschuld über die Welt hereinabgedröhrt ist, doch nicht so furchtbar zu Boden drückt, wie es die Deutschnationalen gern behaupten; es zeigt ferner, daß die für berartige Spielereien in Frage kommenden Schichten des Vürgerturns die alten geblieben sind. In der Erscheinungen Klug bildet der deutsche Spieler noch immer den ruhenden Pol.

Pardon wird nicht gegeben!

Vor dem Reichsgericht in Leipzig steht ein deutscher General unter der Anklage, den Befehl gegeben zu haben: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht!“ Mit Mienen der Angst und des Mißsehens weist der angeklagte General die Zumutung, einen solchen Befehl erteilt zu haben, zurück. Und wie er, leugnen alle Offizierszeugen, bis auf den einen Major Crusius, die Möglichkeit eines solchen Befehls. Mit ihnen einig ist die ganze nationallistische Presse in der Beteuerung, daß der General Stenger zweifellos nur ein Opfer feindlicher Verleumdungslust sei.

Wäre er es, brächte die Verhandlung den Beweis, daß weder ein solcher Befehl erteilt, noch in seinem Sinne gehandelt worden ist, so würde uns allen eine Zentnerlast vom Herzen fallen. Denn darin sind wir ja alle einig — nicht wahr? —, einen solchen Befehl im Kriege für schändlich und verbrecherisch zu halten. Wir fühlen alle, es geht hier um die Ehre des deutschen Volkes. Wir müssen uns reinigen entweder von der Anklage, wenn sie falsch, oder von der Schuld, wenn sie erwiesen ist. Wir wollen nichts zu tun haben mit Leuten, die es fertig bringen, die Abschichtung wehrloser Kriegsgefangener anzubefehlen, die durch das internationale Kriegsrecht geschützt sind.

Was der General Stenger befohlen oder nicht befohlen hat, ist Gegenstand der Beweisaufnahme in Leipzig. Aber ein Befehl, den einst ein anderer erteilt hat, steht in der Geschichte fest. Nur von ihm soll hier weiter die Rede sein.

Am 27. Juli 1900 schiffte sich in Bremerhaven eine Abteilung deutscher Soldaten nach China ein. Sie sollte teilnehmen an der Niederwerfung des Boxeraufstandes, in dessen Verlauf der deutsche Gesandte in China, Freiherr v. Ketteler, ermordet worden war. An diese Truppe hielt Wilhelm II. eine Ansprache, in der er sagte:

Kommt ihr an den Feind, so wird derselbe gefoltert. Pardon wird nicht gegeben, Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter ihrem König Ethel sich einen Namen gemacht, der sie noch jetzt in Ueberlieferung und Märchen gewaltig erscheinen läßt, so möge der Name Deutscher in China auf tausend Jahre in einer Weise betätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.

Man sage nicht, an diese Rede erinnern, heiße ausländische Ankläger auf sie aufmerksam machen. Sie kennen sie nur zu gut. Als der Weltkrieg ausbrach, da hießen die Deutschen in einem großen Teil der feindlichen Presse einfach „die Hunnen“. In Artikeln, die von der Obersten Heeresleitung inszeniert waren, wurde gegen diese schimpfliche Herabwürdigung der deutschen Armee entzweit protestiert. Hinweise der sozialdemokratischen Presse auf die Tatsache, daß die deutschen Soldaten diesen Schimpfnamen ihrem eigenen „obersten Kriegsherrn“ verdankten, wurden von der Zensur unterdrückt.

Heute wird kein Mensch bestreiten, daß Wilhelm II. und seine Hunnenrede vom 27. Juli 1900 dem deutschen Heer und dem deutschen Volk den schlimmsten Schimpf angetan hat. Von den Unglücksfällen, die dieser zurechnungsunfähige Mensch mit seinem nie rastenden Mundwerk angerichtet hat, war dieser einer der allerschlimmsten. Das empfand, das verstand auch schon damals fast jedermann. Aber so tief war die Anechtenschaft des deutschen Volkes, daß die Protestbewegung gegen diese majestätische Ungeheuerlichkeit in lahmen Auslegungsversuchen und vorsichtigen Satiren verhandelte.

Die Regierungspresse erstarrte in Untertänigkeit. Die „Kölnische“ log, Wilhelm habe nicht gesagt: „Pardon wird nicht gegeben“, sondern: „Pardon wird euch nicht gegeben!“ Majestät habe also nur auf die Grausamkeit der Chinesen hingewiesen. Nehmlich die redliche „Post“:

Als oberster Kriegsherr sprach er gestern zu seinen Truppen und mahnte sie, dessen stets eingedenk zu sein, daß es ein heimtückischer Feind ist, gegen den es zu kämpfen gilt, ein Feind, der den Pflichten des Völkerrechts und des Gatrechts Hohn spricht und während der bisherigen Wirren weder Pardon gegeben noch Gefangene gemacht hat. Ihm gegenüber um.

Und die „Kreuz-Zeitung“:

Dieser Satz ist verschiedentlich mißverstanden und sogar Unmögliches hineingelegt worden, indem man seiner Majestät zu mutet, daß von ihm die Truppen ermahnt werden sollten, keinen Pardon zu geben.

Im Gegensatz zu diesen verlogenen Verlegenheiten gab es auch Blätter, die Wilhelm II. für seine Rede feierten, wie z. B. das hollische „Kleine Journal“:

Mit Worten, deren rückhaltlose Offenheit jedes Soldatenherz rufen mag, hat der Kaiser, hat

der Monarch den selbstben Truppen den Weg gewiesen. . . Sie kommen nach Zweifeln und Schlägen der letzten Tage wie ein reinigendes Gewitter. . .

Über die sozialdemokratische Presse? Sie hatte schon soviel Redakteure wegen „Majestätbeleidigung“ den Gefängnissen überliefern müssen, so sehr durch hohe Prozeßkosten ihre Existenz in Frage gestellt, daß wir auch in ihr — diese Wahrheit sind wir der Geschichte schuldig — nicht das erlösende Wort finden, das wir in rücksehender Betrachtung von ihr erwartet hätten. Was Eisner im „Vorwärts“, Schönlanck in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb, war wohl scharf und schneidend — aber doch so gesagt, daß der Staatsanwalt nicht herankamte. Stimmen von Völkerrechtslehrern über das Verbot, Gefangene zu töten, Urteile der Geschichte über die Hunnen wurden zitiert, es wurde gegen die plumphen Schlagwortkeulen des faiserlichen Redners mit Damaszenerklingen journalistischen Geistes gefochten, aber das erlösende Wort sucht man in jenen Feinheiten vergebens.

Mit derber Satire ging Ludwig Thoma im „Simplissimus“ dem Caesar zuleibe, er schrieb ein „Chinesisches Nachelied“, das folgendermaßen anhebt:

Ich will euch jehlem Schweinevolf,
Euch schuftigen Chinesen,
Geht mir nicht gleich die Rüste aus,
Den Text mal gründlich lesen:
Schnebberendeng, ihr seid mir zwenal
Vierhundert Millionen — keinen wü ich schonen,
Alle bring ich um.
Tschün kum!

Das war so ziemlich das Höchste an Kühnheit, was man sich leisten konnte — in München! Das erlösende Wort aber blieb aus. Niemand schrieb es damals ins Volk: „Fort mit dem Menschen! Er ist eine Schande für die Nation!“

Solcher Heroismus wäre ja auch vergeblich gewesen. Wer ihn aufgebracht hätte, wäre im Kerker verkauft und hätte doch nichts ausgerichtet. Nichts geschah, als daß der Kaiser für einige Zeit von Willo unter Zensur gestellt wurde. Es wurde verboten über seine Ansprachen an ausziehende Truppen zu berichten.

Den Mann selbst erreichte kein Hauch der Kritik. Erst acht Jahre später, im November 1908, rief dem so schändlich mißregierten Volk — ein klein wenig — die Gebuld, als die Veröffentlichung des „Daily Telegraph“-Interviews erfolgte. Erst damals trat an den Kaiser durch den Fürsten Bülow die Aufforderung heran, in seinen Aeußerungen vorsichtiger zu sein. Und dann ging es mit gepötschten Rollen auf schwankenden Rädern noch volle zehn Jahre weiter, bis im November 1918 — dreißig Jahre zu spät! — endlich kam, was kommen mußte.

Jetzt schreibt Hamann in seinem „Mißverständenen Bismarck“:

Schon gegen Ende des vorigen Jahrhunderts folgten nicht nur amtliche und nichtamtliche Politiker, sondern auch der größte Teil der Bundesfürsten mit Sorgen der Entwicklung einer schleichenden Kaiserkrise. Ein Gegenstoß konnte nicht ausgehen von den Dynastien, die lange vor dem 9. November 1918 gewußt haben, daß ihre eigene Stellung von der Umverschrtheit der kaiserlichen Machtfülle abhing. . . Auch wären etwaige Anregungen aus diesen Kreisen nur zu verfallen gewesen im Einvernehmen mit dem Hause Hohenzollern, für dessen Mitglieder, solange nicht ganz außerordentliche Dinge, namentlich offenkundige Krankheitserscheinungen eintraten, das unberührbare Familienoberhaupt blieb.

Die Bundesfürsten aus Angst um ihr Thronchen, die Junter aus Angst um ihre Privilegien, das Bürgertum aus Angst vor der eigenen Courage — sie haben alle geschwiegen. Die Arbeiterklasse, geknebelt wie sie war, stand in ihrem Kampf gegen das persönliche Regiment, mit ihrem Bekenntnis zur Republik allein, sie blieb ohne Macht, ihr Ziel zu erreichen.

Die Kriegskatastrophe hat uns in furchtbare Verhältnisse gestürzt, aber auch von grauenhaften Zuständen befreit. Was an Ungehmad, politischer Torheit und stilloscher Ver-zehrung von „oben“ her in die aufnahmehereiten „höheren“ Schichten des deutschen Volkes strömte, davon gibt das Kulturbild aus dem Jahre 1900 nur einen kleinen Auschnitt. Es mußte schließlich alles so kommen, denn das allzudebuhdige deutsche Volk hatte zu lange und zu viel „Pardon gegeben“ — an der falschen Stelle!

Devisen-Kurse.

Hamburg, 4. Juli.			
Amtliche Devisennotierung an der Hamburger Börse.			
		4. Juli.	2. Juli.
Holland	100 fl.	2412.50	2452.50
Kopenhagen	100 Kr.	1292.50	1292.50
Stockholm	100 Kr.	1697.50	1692.50
Kristiania	100 Kr.	1042.50	1035.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	127.50	127.—
Schweiz	100 Frs.	1227.50	1267.50
Wien (alt)	100 K.	—	—
do. (neu)	100 K.	12.50	12.—
Budapest	100 K.	28.—	27.75
Prag	100 K.	99.25	100.50
Spanien	160 Pesetas	942.50	980.—
London	1 £	274.—	278.—
Paris	100 Frs.	590.—	600.—
Belgien	100 Frs.	687.—	698.—
Italien	100 Lire	864.—	870.—
Bukarest	100 Lei	112.50	—
N. York telegr. Ausz. 1 Doll.		78.25	74.50
do. briefl. Ausz. od. Scheck		72.87	74.12

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 4. Juli 1921.				
Dampfer	Segler	Schiffsname	Kapitän	Verkehrsort
D.	Gerda	Dreyer	Emden	1 1/2
Angekommen am 5. Juli 1921.				
D.	Holland	Holmen	Abto	2 1/2
D.	Boseldon	Gudquist	Helsingfors	6 1/2
D.	Delphin	Wiendts	Rolding	1
D.	Prinwall	Welin	von See	9
D.	Aranda	Holmeros	Abto	2 1/2

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Preßsachen und Geullektion Hermann Bauer; für Handel und Gewerkschaften August Schulz; für Industrie Heinz G. Steinberg. — Druck von Verlag von Friedrich Meyer & Co. in Lübeck.

KARSTADT

SAISON-

AUSVERKAUF

Baumwollwaren

Hemdentuch in Linon-Ausrüstung..... Meter 7.50	6⁵⁰
Hemdentuch fein- und mittelfädig..... Meter 11.00 9.50	8⁵⁰
Rohnessel unappretiierte Ware Meter..... 8.20 7.50	5⁹⁵
Handtuchstoffe mit und ohne Webkanten..... 8.50 7.90	4⁵⁰
Bettbezugstoffe bunt gewebt Kissenbreite 21.00 Oberbett- breite 26.50	16⁵⁰ 24⁰⁰

Inletts federdicht und farbecht

Kissenbreite 32.00 26⁰⁰ Oberbett- breite 46.00 42⁵⁰	
Sportflanelle in modernen Streifen und Farbstellungen . 14.50 13.50	9⁸⁰
Tischtücher weiß 130/130 cm groß..... 42.00	38⁰⁰
Tischtücher weiß 130/160 cm groß..... 52.50	47⁰⁰
Mundtücher weiß..... 9.80	5⁰⁰
Geschirrtücher Stück..... 8.90	6⁹⁰

Kissenbezüge

Stück.....	10⁵⁰
Bettbezüge Stück.....	65⁵⁰
Bettlaken Stück.....	36⁵⁰
Wäschestickerel ca. 14 cm breit..... Meter	6⁵⁰
Wäschestickerel ca. 5 cm breit..... Meter	2⁴⁵
3090 Meter prima Elsässer Kleider-Velour in hellen und dunklen Mustern	11⁵⁰

Kleiderstoffe

Kleiderstoffe reine Wolle in verschiedenen Farben, doppeltbreit	24⁵⁰
Kostüm u. Mantel- stoffe gemustert.....	39⁰⁰
Gabardine reine Wolle, 130 cm breit.....	79⁰⁰
Seide	
Blusenseide blau/grün kariert..... 24.50	19⁵⁰
Crepe de Chine in vielen Farben, 90/100 cm breit.....	59⁰⁰
Eolienne Wolle mit Selde in vielen Farben.....	65⁰⁰

Damen-Wäsche

Damen-Hemden aus gutem Hemdentuch mit Languetten	18⁵⁰
Prinzebröcke aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei	49⁵⁰
D.-Unterröcke mit breiter Stickerei..... 39.50 29.50	25⁰⁰
D.-Untertailen mit Stickerei..... 11.50	7⁷⁵
Korsette aus Nessel	19⁷⁵
Korsette aus Drell	39⁰⁰

Waschstoffe

Voilette in aparten Punkt- und Karomustern.....	7⁵⁰
Dirndlstoffe der allerletzten Mode.....	13⁵⁰
Volle bestickt und in Viel- farbendruck.....	12⁸⁰
Frottee allerneuste Karo- muster, 125/130 cm breit.....	24⁰⁰
Waschkrepp in aparten Streifen u. Punkten sowie aller- neusten Dirndl- mustern	11⁸⁰ 12⁸⁰
Sportmusseline durchgewebt, 80 cm breit, verschied. Farben	9⁸⁰

Ein großer Posten
Zephir 80 cm breit

für Sporthemden, Kleider und Blusen..... Meter **10⁵⁰**

Ein großer Posten

Waschmusselin doppelt breit,
in reichhaltigster Auswahl..... Meter **13⁸⁰**

**Neues
Volksliederbuch**
mit Anleitung zur
Lautenbegleitung.
Preis Mk. 5.50.
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 45.

Anzeigen

für hiesige und
auswärtige Zeit-
ungen und Zeit-
schriften vermit-
telt zu Original-
preisen

Die Geschäftsstelle des
„Lübecker Volksboten“
Johannisstraße 45.

Mittwoch, 6. 7.
abds. 7½ Uhr,
im Lehrer-
Seminar:

Versammlung mit Vortrag
von Herrn Prof. Dr. Binder
über Astronomie.
Gäste willkommen. (3722)

Fachkursus
in
**Herren-
und Damen Schneidererei**
für Fortgeschrittene, Schneider und
Schneiderinnen.
Im Auftrage der Gewerbekammer zu
Lübeck beginnt die (3719)
Zuschneiderschule Heinrich Mauer
Berlin, Alexanderplatz,
in obigen Fächern je einen
Schnittzeichnen- und Zuschneidkursus.
Die Aufnahme von Teilnehmern er-
folgt im Unterrichtsstol:
Turnerstraße 55 a, An der Mauer 55 a,
am Sonnabend, dem 9. Juli, nachm.
4-7 Uhr, Sonntag, d. 10. Juli, vorm.
10-12½ Uhr.

Kein Ausverkauf!
Stets reelle solide Preise.

Kaufhaus (3721)
Franz Wehrendt,
Balzerverkehr 35.

Louisenlust.
Morgen Mittwoch: Tanz. (3705) Damen-Gipstrittfrei. (3716)

**Koloosseum
Ball**
Jeden Mittwoch
und Sonnabend
Anfang 6 Uhr.
Heinrich Ohde.
(3701)

**Deutscher
Metallarbeiter-
Verband.**
Verwaltungsstelle Lübeck.
(3727)
Berammlung
der
**Heizungsmonteur
und Helfer**
Mittwoch, den 6. Juli,
abends 7 Uhr.
im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung wird in
der Berammlung bekannt
gemacht.
(3727) Die Ortsverwaltung.

**Stadtheater Lübeck.
Abonnements-Ausgabe.**

Mittw. - Mittwoch 6. 7.
Donn. - Donnerstag 7. 7.
Freitag - Freitag 8. 7.
Sonab. - Sonnab. 9. 7.
von 9-2 Uhr an der Thea-
terkasse Fiedergasse. (3713)

Die Direktion.

**Deutscher
Eisenbahner-Verbd.**
Ortsgruppe Lübeck.

**Mitglieder-
Versammlung**

Donnerstag, d. 7. Juli,
abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quar-
tal 1921.
2. Die wirtschaftliche Lage
d. Eisenbahner Deutsch-
lands und in anderen
Ländern.
Referent: K. Meidel.
3. Wie verbessern wir un-
sere wirtschaftliche Lage?
4. Innere Angelegenheiten.
Mitgliederhäuser vorzeigen.
(3711) Der Vorstand.

Verband der Maler.

**General-
Versammlung**

am Mittwoch, 6. Juli,
abends 7½ Uhr,
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Qu-
tungszeit.
2. Abrechnung vom Stif-
tungszeit.
3. Bericht des Vorstands.
Um rege Beteiligung er-
sucht. (3728)

Der Vorstand.

Hansa-Theater

8 Uhr. Dienstag: 8 Uhr.
Zum vorletzten Male:
Mascottchen.

8 Uhr. Mittwoch: 8 Uhr.
Zum vorletzten Male.
Die Scheidungsreise.

Voranzeige.
Sonnabend, d. 9. Juli:
Erstaufführung:
**Der Traum
vom Glück.**
Singspiel-Operette
(3724) in 3 Akten
von Martin Knopf.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 5. Juli.

Der Haushaltsplan in der Bürgerschaft.

Schul- und Flaggenfrage. — Deutschnationale Schulschritte. — Der Wamerräger der neuen Zeit. — Der Einzige und sein Eigentum.

Unter den Senatsvorlagen, die der Beratung des Stats für 1921 vorangestellt waren, befand sich ein Antrag um Beihilfe für die katholische Schule. Wie wir Sozialdemokraten zum heutigen Schulwesen im Allgemeinen und zu den Reformen im Besonderen stehen, wurde erst kürzlich in ausführlichen Verhandlungen vom Genossen Schermer im Volksboten dargestellt. Auch am Montag abend nahm Genosse Schermer in der Bürgerschaft gegen den neuen Reichsschulgesetzentwurf Stellung, den er so scharf gestellte, daß Herrn Dr. Wittern der Schmerzensruf aus der Seele quoll: „Da steht man, wohin die Wirtschaft in der deutschen Republik führt!“

Die Beratung des Haushaltsplans leitete Herr Senator Dr. Kalkbrenner mit einigen allgemeinen Ausführungen über die finanzielle Lage Lübecks und die Wirtschaftslage im Reich ein. Als erster Redner sprach Genosse Haut, der vor allem den Standpunkt des Senats in der Flaggenfrage unter die Lupe nahm, ihm vorwarf, im Schlepptau des Bremer und Hamburger Senats zu segeln und sich somit in einen Gegensatz zur Bürgerschaftsmehrheit zu stellen. Im einzelnen wies unser Fraktionsredner die Schiebungen der gesamten Rechtsparteien in der Flaggenfrage nach, kennzeichnete das Wühlen der Reaktion gegen die republikanische Verfassung und forderte vom Senat, daß die Zustimmung zu dem Antrage auf Verlängerung der Uebergangsfrist zurückgezogen werde. Eine Forderung, die unverzüglich erfüllt werden muß, nachdem die rechtsparteiliche Ausschlichtung der Flaggenfrage in tollster Form eingetrisst ist, was ja auch vom Senat selbst zugegeben wurde. Dieser Angriff gegen die maßlose reaktionäre Hege machte die Ohren auf der rechten Seite des Hauses stutzig, und setzten Herrn Dr. Wittern auf den Sprung.

Der frohlockende Herr führte schmerzliches Geschrei auf und ballerte in einer Form los, als hätte die Stunde der neuen Zeit bereits geschlagen. Herr Dr. Wittern ist Prophet. Er hört bereits wieder den Ritt der Bataillone. Vom Rhein her werden die neuen Erreiter Deutschlands kommen, dort wird das schwarz-weiß-rote Banner aufblättern und über Deutschland wehen. Herr Dr. Wittern war ja Hauptmann. In seiner Veteranenvereinsrede ließ er die Hohenzollernherrlichkeit hochleben, verdonnerte er die Sozialdemokratie und vergaß die mächtigste Partei, die Stütze des ganzen Landes, unter dem schwarz-weiß-roten Reichentuch. Es gab viele leicht Leute, die den Witternschen Kanonendonner ernst nahmen. Wir nicht. Es ist alldieser Bluff, Großmannstucht, ein Wutausbruch über den zähen Willen des Volkes, sich der Eröffnung der Republik entgegenzustellen. Genosse Haut warnte den aufgeregten Herrn, den Teufel nicht mit Gewalt herbeizuladen. Denn wer sich in Gefahr begibt und so wie Dr. Wittern den Rappgeiß propagiert, muß gewärtig sein, dabei unzulommen. Herr Dr. Wittern redete jedoch nur pro domo. Sein früherer Fraktionskollege Dr. von Brocken ließ das offizielle deutschnationale Register abrollen, trat gegen den 8-Stunden-Tag und Sozialisierung auf, forderte unbeschränkte Ausbeutungsfreiheit und was in der deutschnationalen Bibel alles mehr verzeichnet steht. Die demokratischen Wünsche brachte Herr Klein jauchlich vor; die Empfehlung, gerade bei der Schule die Sparbüchse hinaufzureden, steht aber im demokratischen Programm nicht verzeichnet. Nachdem die einzelnen Fraktionen so in langen Reden in der Generaldebatte ihren Wünschen Geltung verschafft hatten, sollte im Einverständnis mit dem Geschäftsvorstand und den Fraktionen das dicke Buch über den Haushaltsplan, in dem nun ein Fehlbetrag von 22 045 971,60 Mk. verzeichnet steht, en bloc angenommen werden. Doch Herr Aug. Bape, der bisher stillgeschwiegen, hatte anders beschlossen. Er wollte doch zeigen, daß der Bürgerbund auch bereits ein Wörtchen mitredet. Und so trat Herr Bape rückföhrlich in Opposition, die eine Obstruktion auf der andern Seite auslöste. Herr Bape lief Gefahr, für seine Fraktion allein zu sprechen. So von Gott und aller Welt verlassen stand noch kein Redner in der heiligen Halle. Doch die Sache kam nicht voll zur Auswirkung. Nachdem der Einzige unter vielen seine Pfeile verschossen hatte, wurde der Voranschlag für 1921 genehmigt.

Die gepregte Betriebsrätegeneralversammlung.

Schamloses Vorgehen der Kommunisten.

Die gestern abend tagende Betriebsrätegeneralversammlung nahm infolge systematischer Sabotage der Kommunisten einen außerordentlich stürmischen Verlauf. Gleich zu Beginn der Versammlung wurden von dem Erwerbslosenrat Anträge eingebracht, die darauf hinausliefen, eine Veränderung der Tagesordnung vorzunehmen. Die Versammlung beschloß jedoch, in einer demnächst stattfindenden N.-B.-Generalversammlung dazu Stellung zu nehmen. War dies verhältnismäßig noch ruhig vor sich gegangen, weil die Hauptmacher der KPD noch mit ihren Sonderberatungen nicht zu Ende waren, so setzte ein um so größerer Lärm ein, als nach dem Referat des Genossen Busch, daß seine kommunistischen Tiraden zum so und so vielen Male verzapfte. Ein neues System schien gestern zur Anwendung zu kommen. Unten im Saale die kommunistischen N. B. in allen Teilen des Saales zerstreut und oben „wirklich“ vereinbarungsgemäß unter den angeblichen Erwerbslosen der kommunistische Parteisekretär Müller.

Der Erfolg dieser Arbeit war dann der, daß als der Genosse Müller dem Referenten das Schlüsselwort erteilen wollte, da keine Wortmeldungen vorlagen, ein fürchterlicher Tumult einsetzte, der eine Fortführung der Versammlung einfach unmöglich machte. Dies einsehend, schloß der Vorsitzende die Versammlung. Im Nu waren nunmehr die Tribünenbesucher unten im Saale und der Parteisekretär der KPD, bildete sich ein, die Versammlung erneut eröffnen zu können. Die Betriebsräte und Betriebsleute haben es allerdings abgelehnt, unter dem Vorsitz Müllers auch nur eine Minute im Saale zu verbleiben. Wir würden den Kadaverbrüdern von gestern abend, die ein ordnungsmäßiges Arbeiten der höchsten Instanz der Lübecker Arbeiterkraft unmöglich machten, zu viel Ehre erweisen, wenn wir sie als die Erwerbslosen Lübecks bezeichnen würden. Abgesehen davon, daß ein großer Teil nicht einmal erwerbslos war, sondern einfach aus Kadavalut in dieser Versammlung erschien, lehnen es die organisierten Erwerbslosen Lübecks ab, mit diesen Leuten gemeinsam auf eine Stufe gestellt zu werden.

Die organisierten Arbeitslosen Lübecks wissen ganz genau, daß nur durch ein enaes Hand-in-Handarbeiten mit den Betriebsräten und Betriebschleuten und der gesamten Arbeiterbevölkerung es fertig bringen kann, ihr Los zu verbessern. Niemand aber ein Vorgehen wie es gestern abend von seiten dieser unverantwortlichen Elemente beliebt wurde. Ein derartiges Verhalten wird dazu beitragen, den Erwerbslosen den Rest von Sympathie zu nehmen, man nicht eingedenk wäre der Tatsache, daß diese Leute nicht als die organisierten Erwerbslosen anzusprechen sind. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß durch das gestrige Verhalten der Tribünenbesucher in der Betriebsräte-Generalversammlung, die von der KPD-Zentrale und der Roten Fahne neuerdings erfundene Taktik zur Anwendung gekommen ist, die dahingehet, systematisch alle Gewerkschaftsversammlungen zu sprengen.

Wir richten deshalb die Frage an die Lübecker Arbeiterschaft, ob sie gewillt ist, sich für die Zukunft die ordnungsgemäße Erhaltung ihrer Angelegenheiten durch eine Handvoll Propagandare und launische Elemente stören zu lassen, oder ob sie, wie in anderen Städten, auch hier zur Selbsthilfe zu greifen gedenkt? Es darf zum Schluß wohl noch erwähnt werden, daß unter den mitsitzenden Personen, die noch Stundenlang nachher vor dem Gewerkschaftshaus warteten, um dem Genossen Dreger das Fell zu verhängen, die meisten nicht mehr darunter waren, die diesen ganzen Auftritt verschuldeten, sondern die hatten es vorgezogen, „mutig“ in der Hundestraße weiter zu tagen. Beim Nachdenken über derartige Vorkänge kommt einem immer wieder das Wort Friedrich des Großen ins Gedächtnis, der da sagte: „Und mit solchem Gesindel muß man sich rumhängen!“

Das Programm der Nordischen Woche.

Einen besonderen Anziehungspunkt und ein Ereignis erster Klasse bilden die Festspiele im Stadttheater, zu denen die bedeutendsten Künstler gewonnen sind. Am 1. September wird Fidelio aufgeführt. Die Oper wird in Szene gesetzt von Wymethal, Oberregisseur der Staatsoper in Wien. Musikalische Leitung Kapellmeister Mannstaedt, Lübeck. Darsteller sind: Gustav Schühendorf, München, Alfons Schühendorf, Hamburg, Josef Mann, Berlin, Kammerjängerin Helene Wildbrunn, Berlin, Kammerjänger Mayr, Wien, Elisabeth Schumann, Wien, Kammerjänger Waldemar Henke, Berlin. Freitag, den

2. September: „Hygieine. In Szene gesetzt von Karl Heilmann, Lübeck. Darsteller: Melitta Kethner, Dresden, Helz Moisi, Berlin, Gerz Benofsky, München, Professor Franz Jacobi, München, Fritz Basll, München. Sonnabend, den 3. September: „Fledermaus“. Regie: Professor von Wymethal, Kapellmeister Mannstaedt, Lübeck. Darsteller: Kammerjänger Heinrich Hensel, Hamburg, Marta Schneider-Plaut, Braunschweig, Fritz Basll, München, Kammerjängerin Irma Terzani, Dresden, Curt Taucher, Dresden, Gustav Schühendorf, München, Elisabeth Schumann, Wien, Max Nadler, München. Sonntag, den 4. September: „Zauberflöte“. In Szene gesetzt von Direktor v. Bongardt, Lübeck. Musikalische Leitung: Kapellmeister Mannstaedt, Lübeck. Darsteller: Kammerjänger Richard Mayr, Wien, Curt Taucher, Dresden, Kammerjängerin Berta Ruzina, Wien, Elisabeth Schumann, Wien, Gustav Schühendorf, München, Kammerjänger Waldemar Henke Berlin. Montag, den 5. September: „Nordisches Sinfonikon“. Sinfonie von Gade. Klavierkonzert von Grieg. Sinfonie von Sinding. Finlandia von Sibelius. Dienstag, den 6. September: „Herodes und Marianna“. In Szene gesetzt von Direktor v. Bongardt. Mit dem Personal des Lübecker Stadttheaters. Mittwoch, den 7. September: „Siegfried“. In Szene gesetzt von Professor von Wymethal, Oberregisseur der Staatsoper in Wien. Musikalische Leitung: Professor Otto Lohse, Leipzig. Darsteller: Reinfeld, München, Kammerjänger Waldemar Henke, Berlin, Kammerjänger Friedrich Blasche, Dresden, Kammerjänger Ed. Habich, Berlin, Hedwig Kistmüller, München, Kammerjängerin Helene Wildbrunn, Berlin. Donnerstag, den 8. September: „Biederfeld“. In Szene gesetzt von Regisseur Karl Heilmann, Lübeck. Darsteller: Gull. Waldau, München, Elise Lehmann, Berlin, Prof. Jacobi, München, Fritz Basll, München. Freitag, den 9. September: „Der Schakraber“. In Szene gesetzt von Direktor v. Bongardt, Lübeck. Musikalische Leitung: Franz Schreier, Direktor der Hochschule für Musik, Berlin. Darsteller: Gläser, Frankfurt, Geiersbach, Wiesbaden. Sonnabend, den 10. September: „Bund der Jugend“. In Szene gesetzt von Direktor v. Bongardt, Lübeck. Darsteller: Prof. Jacobi, Staatstheater München, Gull. Waldau, Staatstheater München, Friedr. Basll, Staatstheater München. Sonntag, den 11. September: „Meisterlänger“. In Szene gesetzt von v. Bongardt, Lübeck. Musikalische Leitung: Professor Otto Lohse, Leipzig. Darsteller: Kammerjänger Blasche, Dresden, Kammerjänger Schühendorf, Hamburg, Kethberg, Dresden, Kistmüller, München, Kammerjänger Habich, Berlin, Wikemski, Köln, Kammerjänger Hutt, Berlin, Kammerjänger Henke, Berlin. Die Preise der Plätze bei diesen Festspielen sind, der ungeheuren großen Kosten wegen sehr hoch. Sie bewegen sich bei den Werken: Meisterlänger und Fledermaus zwischen 30—100 Mark, Biederfeld, Zauberflöte, Siegfried, Schakraber 20—30 Mark, Hygieine, Fieberfeld, Bund der Jugend 10—50 Mark, Konzert sowie Herodes und Marianne 6—30 Mark. — Alles in allem liegt den tätigen bei der Nordischen Woche Mitwirkenden eine gewaltige Aufgabe ob, deren Lösung und gutes Gelingen im Interesse Lübecks nur zu wünschen ist.

Der Senatsbeschluss vom 22. Juni 1921, betreffend die Wahl von Mitgliedern für die Disziplinarkammer, wird in der Weise durchgeführt, daß an Stelle des Polizeioberwachmeisters Ringel der Assistent Dube zum Mitglied und an Stelle des Assistenten Dube der Polizeioberwachmeister Ringel zum stellvertretenden Mitglied der Disziplinarkammer ernannt wird.

Nachmals: Kommunistischer Männerklub. Die Notiz der Hamburger Volkszeitung über unerhörte Übergriffe der Lübecker Kriminalpolizei stellt sich immer mehr als ein auf die Spitze getriebener Schwindel heraus. Wie uns der in der Notiz erwähnte Arbeiter Grabner mitteilt, steht er mit der kommunistischen Bewegung in gar keiner Berührung, sondern ist Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins. Dem betr. Kollegen, der ihn nach dem Grunde seines Fernbleibens von der Versammlung fragte, gab er die schnipprige Antwort nur deswegen, um den lästigen Ausrufer loszuwerden. Den Spott hatte der Mann ernst genommen. Ihn weitergeleitet und so kam die verlogene Meldung, der sozialdemokratische Polizeigewaltige lasse Kommunisten ohne Angabe von Gründen auf der Straße verhaften, in die Welt, so werden ehrliebe Menschen in Mitleidenschaft gezogen. Die sozialdemokratische Presse ist natürlich gewarnt, derartige Anrempelungen abzuwehren. Wir stellen also fest, daß weder der in der Notiz genannte Arbeiter Benz, noch der Genosse Grabner mit den hiesigen Kommunisten Gemeinschaft pflegt, sondern daß beide Namen zu hekerischer Propaganda

Das Fähnlein der sieben Aufrechten.

Novelle von Gottfried Keller.

6. Fortsetzung.

„Hui! rief die Frau, was sind das für Geschichten! Und willst du wirklich deinen eigenen Sohn hier für einen solchen Schublat halten? Und ist es denn geschrieben, daß gerade seine Brüder ein solches Unglück treffen sollte, das sie zu keinen Knäulen machte? Sie, die sich schon selbst zu helfen wußten bis jetzt? Nein, da glaube ich doch zur Ehre unseres eigenen Blutes, daß wir durch eine reiche Heirat nicht bergehast aus dem Häuschen gerieten, vielmehr sich meine bessere Ansicht bestätigen würde!“

„Ich will nicht behaupten“, erwiderte Hediger, „daß es gerade bei uns so zuging; aber auch bei uns würde die äußere und endlich auch die innere Ungleichheit eingeführt; wer nach Reichtum trachtet, der strebt seinesgleichen ungleich zu werden.“

„Larifaari!“ unterbrach ihn die Frau, indem sie das Tisch Tuch zusammennahm und zum Fenster hinausgeschüttelte; „ist denn Freymann, der das Gut in Händen hat, um das wir uns streiten, auch anders ungleich geworden? Seid ihr nicht ein Herz und eine Seele und steckt immer die Köpfe zusammen?“

„Das ist was anderes!“ rief der Mann, „etwas ganz anderes! Der hat sein Gut nicht erschlichen oder in der Lotterie gewonnen, sondern Taler um Taler durch seine Mühe erworben während vierzig Jahren. Und dann sind wir nicht Brüder, ich und er, und sehen einander nichts an und wollen es ferner so halten, das ist der Punkt! Und endlich ist der nicht wie andere Leute, der ist noch ein Fester und Aufrechter! Wir wollen aber nicht immer diese kleinen Privatverhältnisse betrachten! Glücklicherweise gibt es bei uns keine ungeheuer reichen Leute, der Wohlstand ist ziemlich verteilt; laß aber einmal Kerle mit vielen Millionen entstehen, die politische Herrschaft besitzen, und du wirst sehen, was die für Unfug treiben! Da ist der bekannte Spinnerkönig, der hat wirklich schon viele Millionen und man wirft ihm vor, daß er ein schlechter Bürger und ein Geizhals sei, weil er sich nichts um Allgemeinere kümmere. Im Gegenteil, ein guter Bürger ist er, der nach wie vor die andern gehen läßt, sich selbst registriert und lebt wie ein anderer Mann. Laß diesen Kauz ein politisches herrschaftliches Genie sein, gib ihm einige Lebenswürdigkeit, freude an Aufwand und Sinn für allerhand theatralischen Pomp, laß ihn Paläste und gemietete Häuser bauen und dann schau! was er für einen Schaden anrichtet

im gemeinen Wesen und wie er den Charakter des Volkes verdirbt. Es wird eine Zeit kommen, wo in unserem Lande, wie anderwärts, sich große Massen Geldes zusammenhängen, ohne auf tüchtige Waise erachtet und erspart worden zu sein; dann wird es gelten, dem Teufel die Fühne zu weisen; dann wird es sich zeigen, ob der Faden und die Farbe gut sind an unserem Fähnlein! Kurz und gut! ich sehe nicht ein, warum einer meine Söhne nach fremden Gute die Hand ausstrecken soll, ohne einen Streich darum gearbeitet zu haben. Das ist ein Schwindel wie ein anderer!“

Es ist ein Schwindel, der da ist, solange die Welt steht,“ sagte die Frau mit Lachen, „daß zwei sich heiraten wollen, die sich gefallen! Hieran werdet ihr mit all euren großen und steifen Worten nichts ändern! Du bist übrigens allein der Narr im Spiele; denn Meister Freymann sucht weislich zu verhüten, daß seine Kinder den leinigen gleich werden. Aber die Kinder werden auch ihre eigene Politik haben und sie durchführen, wenn etwas an dem Handel ist, was ich nicht weiß.“

„Wägen sie“, sagte der Meister, „das ist ihre Sache; die meinige ist nichts als begünstigen und, solange Karl minderjährig ist, jedenfalls meine Einwilligung zu versagen.“

Mit dieser diplomatischen Erklärung und der neuesten Nummer des „Republikaners“ zog er sich in sein Studierzimmer zurück. Frau Hediger dagegen wollte sich nun hinter den Sohn machen und ihn neugierig zur Rede stellen; doch bemerkte sie erst jetzt, daß er sich aus dem Staube gemacht habe, da ihm die ganze Verhandlung durchaus überflüssig und unzweckmäßig erschien und er sich überhaupt schonte, seine Liebeshändel vor den Eltern auszukramen.

Desto zettiger bestieg er am Abend das Schiffchen und ruderte hinaus, wo er schon viele Abende gewesen. Meiner er lang sein Liebchen einmal und zweimal und sogar bis auf den letzten Vers, ohne daß sich jemand sehen ließ, und nachdem er länger als eine Stunde vergesslich vor dem Zimmerplage gekreuzt hatte, fuhr er verwirrt und niedergeschlagen zurück und glaubte, seine Sache stände in der Tat schlecht. Die vier oder fünf nächsten Abende ging es ihm ebenso und nun gab er es auf, der Ungetreuen nachzustellen, als wofür er sie hielt; denn obgleich er sich ihres Vorkases erinnerte, ihn nur alle vier Wochen sehen zu wollen, so hielt er dies nur für eine Vorbereitung zur gänzlichen Verabschiedung und verfiel in eine zornige Traurigkeit. Es kam ihm deshalb höchst gelegen, daß die Übungszeit für die Schachschülerrekruten begann, und er ging vorher mit einem Bekannten, der Schach war, mehrere Nachmittage hindurch auf eine Schachpartie, um sich nöthig zu üben und die zur Annahme erforderliche Anzahl Treffer aufweisen zu können. Sein Vater

lah ziemlich spöttisch diesem Treiben zu und kam unversehens selbst hin, um den Sohn noch rechtzeitig von dem törichten Unterfangen abzuhalten, wenn er, wie er vermutete, gar nichts wänte.

„Mein er kam eben recht, als Karl sein halbes Duzend Fehlschüsse schon hinter sich hatte und nun eine Reihe ziemlich guter Schüsse abgab. „Du machst mir nichts weis“, sagte er erstaunt, „daß du noch nie geschossen habest; du hast heimlich schon manchen Franken dafür ausgegeben, das steht fest!“

„Heimlich habe ich wohl schon geschossen, aber ohne Kosten, Wißt Ihr wo, Vater?“

„Das hab' ich mir gedacht!“

„Ich habe schon als Junge oft dem Schießen zugehört, aufgemerkt, was darüber gesprochen wurde, und seit Jahren schon empfand ich eine solche Lust dazu, daß ich davon träumte und, wenn ich noch im Bette lag, in Gedanken die Büchse stundenlang regierte und Hunderte von wohlgezielten Schüssen nach der Scheibe sandte.“

„Das ist vortrefflich! Da wird man in Zukunft ganze Schützenkompagnien in Bett konfigurieren und solche Gedankenübungen anordnen; das spart Pulver und Schuß!“

„Das ist nicht so lächerlich, als es aussieht“, sagte der erfahrene Schütz, der Karl unterrichtete; „es ist gewiß, daß von zwei Schützen, die an Auge und Hand gleich begabt sind, der, welcher aus Nachdenken gewöhnt ist, Meister bleiben wird. Es braucht auch einen angeborenen Takt zum Abdrücken, und es gibt gar seltsame Dinge hier, wie in allen Übungen.“

Je öfter und je besser Karl traf, desto mehr schüttelte der alte Hediger das Haupt; die Welt schien ihm auf den Kopf gestellt, denn er selbst hatte, was er war und konnte, nur durch Fleiß und angestrengte Übung erreicht; selbst seine Grundfähn, welche die Leute sonst so leicht und zahlreich wie Heringe einzupacken wußten, hatte er nur durch anhaltendes Studium in seinem Hinterstübchen erworben. Doch wagte er nun nicht mehr Einsprüche zu erheben und begab sich von hinnen, nicht ohne innerliche Zufriedenheit; einer unterländischen Schützen unter seinen Söhnen zu zählen; und bis er seine Wohnung erreichte, war er entschlossen, demselben eine aufstehende Uniform von besserem Tuche zu machen. „Berstcht sich, muß er sie bezahlen!“ sagte er sich; aber er konnte schon wissen, daß er seinen Söhnen nie etwas zurückerbte und daß sie ihn nie etwas zu erstatten begehrten. Das ist Eltern gelund und läßt sie zu hohen Jahren kommen, auf daß sie erleben, wie ihre Kinder wiederum von den Enkeln lustig geköpft werden, und so geht es von Vater auf Sohn und alle dazwischen belassen und haben guten Appetit!

(Fortsetzung folgt.)

haben gegen unsere Partei benutzt wurden. Man kann also erleben, mit welchen unethischen Mitteln die Verhältnisse arbeiten. Damit ist dieses Kapitel für uns erledigt.

Interessengemeinschaft der Herrenkleidungsgeschäfte. Man schreibt uns: „Die in den Hansestädten, Schleswig-Holstein und Oldenburg anässigen Herren- und Herrenkleidungsgeschäfte, welche als Einzelmitglieder dem Reichsverband für Herren- und Knabenkleidung e. V., St. Düsselborf, angeschlossen sind, tagten am 29. Juni in Hamburg zwecks Gründung eines Interverbands im Rahmen des Reichsverbandes. Es wurde einstimmig die Bildung eines die genannten Bezirke umfassenden Nord- und Ostdeutschen Bezirksverbandes beschloffen. Als Sitz des Bezirksverbandes wurde Hamburg bestimmt. Der Zweck des Bezirksverbandes, der bereits an über 60 Plätzen mit 225 Firmen vertreten ist, ist die örtliche und bezirksweise Vertretung der Bekleidungsbranche gegenüber den Bezirks- und Landesbehörden, die Unterstützung der Orts- und Bezirksgruppen in der Wahrnehmung ihrer Aufgaben, sowie die Schaffung eines Unterbaues für die kommenden Bezirkswirtschaftsräte. In den Vorstand wurde u. a. Herr Spille, in Hamburg, als Vorsitzender, Lübeck, gewählt, der auch als Vertreter des Bezirksverbandes in den Großen Ausschuss entsandt wurde.“

Verein „Arbeiter-Jugend“.

Monatsprogramm für Juli.

Abt. Stadt, Johannisstr. 69. 8. Juli Abendereinigungsabend. 10. Juli Fest und Wanderung nach Schönberg. Treffpunkt wird nach bekanntgegeben; abends Plattbesuchter Abend. 13. Juli Monatsbesprechung. 17. Juli, morgens 6 Uhr, Geibelplatz, Tageswanderung zum Semmelshorfer See; morgens 8 Uhr, Mühlenterrasse, Tageswanderung nach Blantzensee; abends: Neue Unterhaltungsreihe. 20. Juli Vortrag Gen. Werner „Körperpflege“. 23. Juli Wanderung zum Landheim. 24. Juli, morgens 8 Uhr, Wanderung zum Landheim ab Geibelplatz; abends: Fragekasten-Beantwortung. 27. Juli Genosse Schermer „Lohn-Abend“. 30. Juli, abends 6 1/2 Uhr, ab Bahnhof Wanderung nach dem Uglisee, Gast. Schweiz. Quartier in der Jugendherberge Gut. 31. Juli Nachmittagswanderung ab 3 1/2 Geibelplatz durch das Lauerholz; abends humor. Vorträge. Dienstags und Donnerstags ab 5 Uhr: Ballspiel auf dem Buniamshof; Freitag Nachmittags abends auf dem Buniamshof.

Abt. Holtenauer-Nord, Jugendheim 4. St.-Lorenz-Schule. 8. Juli Reigenabend. 10. Juli Tour nach Schönberg (abends neue Spiele). 11. Juli Reitationsgruppe. 13. Juli Spaziergang nach Cleverbrück ab 7 1/2 Uhr. 15. Juli Spiele im Freien (Buniamshof). 17. Juli Nacht- und Tagesstour nach Segeberg (abends 8 Uhr, morgens 7 1/2 Uhr). 18. Juli Mädchenabend. 20. Juli Vortrag: Die Demagogen-Verfolgung (Gen. Friedrich). 22. Juli Reigenabend. 24. Juli Tagesstour nach der Wüstenei; abends Tisch- und Brettspiele. 25. Juli Vorstandssitzung. 27. Juli Besuch der Moissinger Jugend (ab 7 Uhr Heim). 29. Juli Lieberabend. 31. Juli Tages- und Nachmittagsstour nach Hohemeile (morgens ab 6 Uhr, nachm. ab 2 Uhr).

Abt. Marii, Jugendheim 2. St.-Gertrudschule. 6. Juli Vortrag: Gemeinschaftsleben in der Jugendbewegung. Referent D. Passarge. 8. Juli Übungsabend der Reitationsgruppe. 10. Juli Gemütsliches Beisammensein. 13. Juli Monatsbesprechung. 15. Juli Vortrag für Funktionäre. 17. Juli Nachmittagsstour nach Teschow, ab 8 1/2 Uhr abends, morgens 6 Uhr; nachmittags Spiele im Freien abends Winterabend. 20. Juli Spaziergang nach dem Wald, dort Vortrag über: „Das alte Lübeck“. 22. Juli Übungsabend der Reitationsgruppe. 24. Juli Tageswanderung nach Wadelüge, ab 7 Uhr morgens; nachmittags 2 Uhr nach dem Sehturm; abends Spiele im Freien. Heim geschlossen. 27. Juli Diskussionsabend „Die Geschäftsordnung“. 29. Juli Sitzung der Wanderkommission. 30. Juli Nachmittagsstour nach Travemünde, ab 9 Uhr, 2. Gruppe 31. 7., 6 Uhr morgens Abmarsch. 31. Juli Mädchenabend. Jungens Ballspiele.

Abt. Holtenauer-Süd, Heim im „Neuen Bahnhof“. 6. Juli Monatsbesprechung. 10. Juli Vorlesung. 13. Juli Vortrag „Anstand und gute Sitten“. Referent Höpner. 17. Juli Wanderung nach dem Moissinger Brook, ab 2 Uhr mittags, abends Spiele im Heim. 20. Juli Fragekasten beantwortet. 24. Juli Wanderung nach dem Kannerbrook, ab 7 Uhr morgens Lindenplatz, abends „Winterabend“. 27. Juli Vortrag „Die proletarische Jugendbewegung“. Referent Passarge. 31. Juli Wanderung über Dalsow nach Travemünde. Jeden Donnerstag Spiele auf dem Buniamshof.

Abt. Moissing, Heim Schule Moissing. Veranstaltungen werden im Heim bekanntgegeben.

Sankt-Theater. Heute, Dienstag, zum vorletzten Male die beliebte melodienreiche Operette: „Mascottchen“ mit Fräulein Hilde Mößius in der Titelrolle. Morgen, Mittwoch, wird zum ebenfals vorletzten Male „Die Scheidungsreise“ gegeben. Auf die am Sonnabend, dem 9. ds. Mts., stattfindende Erstaufführung der Singoperette: „Der Traum vom Glück“ von Martin Knopf, dem erfolgreichsten Komponisten von „Kleine Freiheit“, sei besonders aufmerksam gemacht.

ph. Gefangenommen wurde ein Dienstmädchen aus St. Peterdorf, Kreis Segeberg, welches einer in der Glindergasse wohnhaften Ehefrau, bei der es zu Besuch weilte, 305 Mark gestohlen hatte.

ph. Diebstähle. Aus einer Villa in Travemünde ist in letzter Nacht mittels Eindringens ein großer Posten Silberner Schmuckstücke, Röhren und Gabeln gestohlen worden. — Aus einer Wohnung in der Bercedalstr. sind ein schwarzer Wintermantel, ein marineschwarzes Chasmodanzig, ein grauschwarzgestreiftes Herrenhemd, 2 weiße, fast neue Herrenoberhemden, 1 Paar schwarze, fast neue Herrenschuhkästel und 2 Rissenbezüge gestohlen worden.

Schneekälte Falkenbaum. Wärmewärme am 5. Juli, morgens 6 Uhr 16 1/2°; mittags 12 Uhr 17° Celsius.

Angrenzende Gebiete.

a. Schwartau, Arbeiterjugend-Feier. In dem festlich geschmückten Saale des „Lübecker Hofes“ hatte sich am Sonnabend die Schwartauer Arbeiterjugend zahlreich eingefunden, um dem 10-jährigen Stiftungsfest, verbunden mit Bannerweihe des hiesigen Arbeiterjugendvereins, beizuwohnen. Auch die Mitglieder des Lübecker und Kieler Arbeiterjugendvereins waren in großer Zahl erschienen, so daß der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt war. Eingeleitet wurde die Feier durch die Gesangsabteilung des hiesigen Arbeiterjugendvereins mit dem Liede: „Dem Morgen entgegen“. Genosse A. Grabbe, der Gründer des Vereins, führte in längerer Rede die Entstehung der deutschen Arbeiterjugendbewegung aus. 1903 wurde der erste Arbeiterjugendverein in Offenbach am Main gegründet; mehrere Städte Deutschlands folgten, bis im Jahre 1906 ein Zusammenschluß unter dem Namen „Reichsverband junger Arbeiter Deutschlands“ gegründet wurde. Die Jugendvereine hatten vor der Revolution einen schweren Stand, da man ihnen stets einen politischen Charakter nachzuweisen versuchte. Auch wurden viele Strafen wegen angeblicher Übertretung der Vereinsgesetze verhängt. Es gab nämlich bis zur Revolution den berühmten § 17 des Reichsverfassungsgesetzes, der sämtlichen jungen Leuten die Teilnahme an politischen Vereinen verbot. Aber das hinderte die Jugend nicht in ihrem Bestreben, und so war der Verband vor dem Kriege an 100 000 Mitglieder heran gewachsen. Auch ging man hier am Orte im Jahre 1910 zur Gründung eines Jugendvereins über, der den Namen „Freier Jugendverein“ führte. Aus der hiesigen Jugendverein hatte vor dem Kriege großen Zuspruch

Während des Krieges, in dem viele Genossen ziehen mußten, ging auch bei uns das Vereinsleben sehr zurück. Erst mit Ausbruch der Revolution kam wieder neues Leben in die einzelnen Vereine, so daß heute der deutsche Arbeiterjugendverein mit seinen 80 000 Mitgliedern mit an erster Stelle marschiert. Genosse Grabbe ging weiter auf die Gründung der Arbeiterjugend-Internationale ein und forderte zum Schluß alle Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß unsere Arbeitsrätter und -Schwestern, die noch in den hitzerfüllten Vereinen sind, unseren Arbeiterjugend-, Sport- und Jugendvereinen beitreten werden. Dem Redner wurde lebhafter Beifall zuteil. Nachdem die Jugend das Lied: „Wenn wir streikten soll an Seil“ gesungen hatte, erschied die S. B. D. Schwartau-Kreisfeier mit ihrer Fahne und dem Banner für die Arbeiterjugend auf der Bühne. Darauf sprach Genosse Kretschmer einen kurzen feierlichen Rede. Weibe-Prolog und übergab im Namen des Sozialdemokratischen Vereins Schwartau-Kreisfeier das neue Banner dem hiesigen Arbeiterjugend-Verein. Genosse Sorgenfrei vom Arbeiterjugend-Verein dankte im Namen unseres Vereins der Sozialdemokratischen Partei. Hierauf folgten ernste und heitere Reitationen und ein Theaterstück, das von hiesigen Mitgliedern des Arbeiterjugendvereins bestritten wurde. Dergleichen wurden die so gerne gesehene Reigentänze und Wandvollenspiele vorgeführt. Mehrere von ihnen ausgeführt von Lübecker Mitgliedern. Mit einem nicht endemöckelnden „Bei“ wurde die Reitation „Hans Jörg“ vom Genossen Robert Pauls-Lübeck vorgeführt. Nachdem noch ein gemeinsames Schlußlied „Lungen wurde, war die Feier beendet und jeder ging in froher Stimmung nach Hause.

L. M. M. G. Gewerkschaftsfest. Der Wettergott schien es nicht mit der Männer Arbeiterschaft verderben zu wollen und so, vom guten Wetter begünstigt, begann die Männer Arbeiterschaft ihr Gewerkschaftsfest. Die Kinder eröffneten den Festzug und gaben ihm so ein fröhliches Gepräge. Sämtliche Gewerkschaften mit ihren Fahnen und Emblemen folgten. Zahlreich hatte sich die Arbeiterschaft eingefunden, dem Bürgerturnplatz, daß sie ein Wackelfaktor ist, mit dem es zu rechnen hat. (So gut mir das Mitumherziehen der Kinder gefallen hat, aber so muß ich doch sagen, daß in einem Festzug der Arbeiterschaft nicht die schwarz-weiß-rote Fahne der Deutschnationalen gehört. Die Fahne der deutschen Republik ist schwarz-rot-gold!) Auffällig im Zuge war noch eine rote Fahne mit einem einfachen M. Kampfes- und Wanderlied singend zog eine Schar freigelegelter Jungens und Mädchens hinterher. Das war Gute Jugend. Arbeitsgenossen, die sich stolz zu Euch bekennen. — Auf dem Festplatz entwickelte sich ein fröhliches Leben und Treiben. Der Hamburger Genosse Kretschmer hielt eine kurze, feierliche Ansprache. Nehmen wir seine Worte zu Herzen: Werdet zu denkenden, klassenbewußten Proletariern, arbeite ein jeder mit ganzer Kraft am Aufbau der neuen Menschheit, seche ein jeder seine ganze Persönlichkeit ein für unsere gute Sache. Ein freudig aufgenommenes Hoch auf die 2. Internationale und die deutsche Arbeiterschaft beschloß sein Ende. — Ein Jugendgenosse, mit seinen Jugendfreunden von Odesloe und Rakeburg hierhergekömmt, war mit warmen Worten um die Jugend. Auch die Männer Jugend, Jungens wie Mädchens, müssen erkennen, daß es Schöneres gibt, als an den Sonntagen auf den Tanzplätzen zu weilen. Im Kreise fröhlicher Gesinnungsbrüder des Sonntags früh hinaus ziehen zu Mutter Grün, bei fröhlichem Spiel und Tanz den Tag verbringend, ist viel schöner und man stärkt seinen Körper! Mä-

gen seine Worte nicht vergebens gewesen sein, denn auch auf wirtschaftlichem Gebiet gibt es für die organisierte Arbeiterjugend genug zu tun. Arbeiter doch heute noch hier Arbeiterjungens und -mädchens 10-14 Stunden am Tage. Auch sie haben ein Recht auf den Achtstundentag! — Die auswärtige Jugend zeigte dann auch, wie fröhlich und heiter und ungemungen es bei ihr zuecht. Man sah es den Umstehenden an, wotensel Anklang die Füsse und Spiele bei ihnen fanden. — Am Freitag, dem 15. Juli, kommt der Odesloer Genosse wieder und hat versprochen, allen Jungen und Mädchens, auch die Eltern und ein geladene, einen schönen Abend zu verschaffen. Der Arbeiterjugendbund soll dann auch aus der Taufe gehoben werden. Kommt also alle hin! — Den Festtag beschloffen Festbälle in drei großen Lokalen der Stadt, in denen bei guter Stimmung bis in die späte Nacht hinein getanzt wurde.

Geleit. Meßsa. Schwere Muttat. Im Streit, der zu Tötlichkeiten ausartete, erschah der frühere Vorkämpfer Richter den im gleichen Hause wohnenden Arbeiter Krey. Krey lebte seit längerer Zeit in Unfrieden. Der Täter wurde verhaftet.

Sandweg. Vom deutschen Schiffbau. Für die Steigerung der Taktzeit auf den deutschen Werften liefern die letzten drei Monate einen vollaufgigen Beweis. Es wurden in den ersten drei Monaten 1921 acht neue Dampfer mit zusammen etwa 38 000 Tons Ladungsvermögen in Hamburg in Dienst gestellt. Die Monate Mai, Juni und Juli brachten eine Verdoppelung dieser Zahl. Es kamen an Hamburger Reedereten in diesem Zeitraum 14 Dampfer und zwei Motorschiffe mit einem Gesamt-Ladungsvermögen von etwa 108 000 Tons zur Ablieferung.

Brandsbüttel. Ein schreckliches Unglück ereignete sich auf dem Ottenheimer Eisenwerk, wo die Entleerung von Geschloffen vorgemommen wird. Es entzündete sich plötzlich ein Teil des Pulvers, wodurch sofort die Kleidung der in der Nähe stehenden Arbeiter und in der Mehrzahl Arbeiterinnen in Brand gefetzt wurde. Die von der Flamme Erfassten liefen in ihrer Angst und ihren Schreien über den Arbeitsplatz, wodurch eine weitere Übertragung verurteilt wurde. Schwer verbrannt wurde eine Anzahl dem Krankenhaus zugeführt.

Kendsbürg. Im Getreide erstickt. Aus dem Silo im Kornspeicher der Firma Chr. Steck am Kendsbürger Kreis-hafen ertönten plötzlich laute Pfifferufe. Als man hinzueilte, sah man den 17-jährigen Lehrling Volk im Korn stecken, der, da der Silo in Tätigkeit war, von der Saugkraft in die Tiefe gezogen wurde. Die Maschinerie wurde nun sofort abgestellt; inzwischen waren aber nur noch die hochgehobenen Hände sichtbar. Erst nach 2 1/2 Stunden nach Entleerung des Silos gelang es, den Körper zu befreien; der Tod war aber inzwischen durch Ersticken eingetreten.

Bremen. Zu den Arbeiterentlassungen auf der „Wefer“ N. G. nahm eine Werftarbeiterversammlung folgende Resolution an: „Die Versammlung stellt fest, daß es den Arbeitern der N. G. „Wefer“ allein nicht möglich war, die Entlassung von 1000 Kollegen zu verhindern. Sie verlangt von den Gewerkschaften, die Interessen der gesamten Werftarbeiter Deutschlands tatkräftig zu vertreten und weitere Entlassungen auf den Werften nicht zuzulassen. Die Werftarbeiterversammlung beschließt, wenn die Direktion der N. G. „Wefer“ erneut zu Entlassungen übergeht, die Woche nur 6 Tage zu arbeiten. Der Ausfalltag ist Sonnabend. Sie beauftragt den Arbeiterrat, sofort nach Eingang neuer Ründigungslisten zu veranlassen, daß am Sonnabend nicht gearbeitet wird.“

Lübecker Bürgerschaft.

Beginn 6.30 Uhr. Wortführer G. Ehlers. Der Wortführer gibt u. a. eine Eingabe von Anwohnern der Schönkampstraße bekannt, die wünschen, daß die 1. St.-Gertrud-Schule wieder vollständig für Schulzwecke freigegeben wird. — Als bürgerliches Mitglied bei der Stützungsbörde wird Frau Stark gewählt. — Der Wortführer gibt weiter bekannt, daß die nächste Bürgerschaftssitzung am 25. Juli abgehalten wird. — G. Reimpell und Dr. Wittern unterstützen, daß zum Haushaltsplan auch noch eine Reihe anderer Punkte auf die Tagesordnung gestellt worden sind. — Dr. Wittern bemängelt Titeländerungen bei der Wohnungsmangelverordnung.

1. Antrag: Billigung eines Zusatzvertrags zu der Uebereinkunft der freien Hansestädte, betr. das Hanseatische Obergerichtsgericht vom 25. Juni 1920. — Wird nach unwesentlicher Debatte angenommen.

2. Antrag: Altersunterstützung an den Obergerichtsoberverwalter Wagner. — Ambrosius (Dem.) erklärt, es sei erfreulich, daß der Senat jetzt ausreichende Ruhegehälter bewilligt. Es frage sich, ob der Staat in der Lage sei, allen derartigen Anforderungen gerecht zu werden. — Senator Löwig ist nicht der Ansicht, daß durch den vorliegenden Antrag ein Präzedenzfall geschaffen werde. Der betreffende Angekündigte habe sich in seiner Stelle ausgezeichnet bewährt. In dem Vertrag sei eine derartige Bestimmung getroffen worden. Nur auf diese Weise habe man jetzt Herrn Wagner hierher bekommen können. — Wolt (Soz.) wünscht endlich die Ruhegehälter für die Arbeiter errichtet. — Ambrosius (Dem.) sieht in dem Senatsantrag doch einen Präzedenzfall. Verantwortungsvooll sei jede übertragene Stelle und jeder Angestellte werde Anspruch auf Ruhegehalt haben, da fast allen der Aufstieg in eine Beamtenstelle in Aussicht gestellt worden sei. Redner wünscht Abschaffung der Ruhegehalt. — Senator Dr. Vermehren: Die Frage der Ruhegehälter wurde fortwährend im Auge behalten. Ergegenwärtig werden die Unterlagen über die finanzielle Wirkung erogen. — Haut (Soz.) begrüßt es, daß die demokratischen Kreise heraus die Ruhegehälter der Angestellten unterstützt wird. — Ausschussberatung wird beschloffen.

3. Antrag: Aenderung des Vertrages vom 4. Mai 1890 über die Errichtung einer allgemeinen Anstalt für die Invaliditäts- und Altersversicherung. — Albers (Dem.) beantragt Ausschussberatung. Es handle sich hier um eine diffizile Frage. — Senator Dr. Vermehren: Das Erlauchen um Hinausschiebung der Beratung ist von Hamburg aus erfolgt. Wir konnten diesem Erlauchen nicht widersprechen. — Der Antrag auf Ausschussberatung wird abgelehnt. Die Senatsvorlage angenommen.

4. Antrag: Regelung der Besoldungsverhältnisse des früheren Hanseatischen Gesandten Dr. Siebeck. — Wird angenommen.

5. Antrag: Festlegung des Schulgeldes für die mit der Gewerkschaft verbundene Handwerker-Schule. — Wird angenommen.

6. Antrag: Staatsbeiträge für die katholische Gemeinde-schule. — Reimpell (Dem.) gibt den Ausschussberichter, aus dem hervorgeht, daß dem Antrage nur des Zwanges wegen stattgegeben wird. — Schermer (Soz.) gibt den ablehnenden sozialdemokratischen Standpunkt gegenüber den Bekenntnisschulen kund. Diese Schulen mihandeln die freiheitliche Weltanschauung und betrachten jedes einzelne Lehrsach von der Parteibrille aus. Sie fördern die Allgemeinbildung nicht in dem Maße, wie es sein müßte, um ein freies Menschengem zu erziehen. Dann geht Redner auf den Reichsschulgesetzentwurf ein, der die Einheitschule gewissermaßen zerschmettern wolle. Dieser Entwurf dürfe nicht Gesetz werden, denn er bedeute einen Rückgang der deutschen Bildung. Nach dem Gesetzentwurf könnte schließlich jede von den 529 Bekenntnisschulen, die im Reich vorhanden sind, das Recht zur Gründung einer Schule auf Staatskosten herleiten. Die Bekenntnisschulen können niemals die Leistungen unserer acht- oder neunklassigen Schulen aufweisen. Wir erstreben die weltliche Schule, die keinen Religionsunterricht in der Schule kennt, und die jedem die Freiheit gibt, seine Kinder dort in der Religion unterrichten zu lassen, wo er glaubt, daß sie den besten Unterricht genießen. Dann werden sich alle Parteien zu einer großen Einheitschule zusammenfinden. Wir hoffen, daß unser Reaktionsver-

treter in Berlin diesem Reichsschulgesetz seine Zustimmung versagt, damit wenigstens die Gemeinschaftsschule errichtet wird, die dem deutschen Volke am besten dient. — Reimpell (Dem.) bezeichnet den Reichsschulgesetzentwurf für ein Unglück. Wir müssen auch in Lübeck an unserer guten Schule festhalten, die den Religionsunterricht frei von kirchlichem Einfluß gewährleistet. — Senator Kulenkamp bestreitet, daß der Reichsschulgesetzentwurf die hier ausgesprochenen Konsequenzen nach sich ziehen würde. — Schermer (Soz.) und Reimpell (Dem.) sind gegenständlicher Ansicht. — Dr. Wittern (fraktionslos): Und da sieht man, wohin die Wirtschaft in der deutschen Republik führt. — Der Senatsantrag wird angenommen.

7. Antrag: Staatszuschuß für das Waisenhaus. — Wird angenommen.

Die Beratung des Haushaltsplanes für 1921.

8. Antrag: Voranschlag der öffentlichen Wohltätigkeits-Anstalten für 1921. — Wird angenommen.

9. Antrag: Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1921. — Senator Dr. Kallhauer bedauert, daß es der Finanzbehörde nicht möglich gewesen sei, den Haushaltsplan rechtzeitig vorzulegen. Ein provisorischer Plan, nach dem man nicht arbeiten konnte, hätte jedoch wenig genützt. Die Aufstellung des Haushaltsplans sei von außerordentlich großen Schwierigkeiten begleitet gewesen. Die Ausgaben seien achtmal so groß wie vor dem Kriege und doppelt so groß wie das vorige Jahr. Schulden und Grundsteuer konnten nicht im erforderlichen Maße herangezogen werden, ferner habe man bei den Einnahmen die Wettbewerbsverhältnisse des Lübecker Hafens berücksichtigen müssen. Den fähigen Staatüberschreitungen einzelner Behörden sei ein Kiegel vorgehoben worden. Der Ausschuss habe sich bei seinen Erwägungen von denselben gemeinnützigen Grundfäden leiten lassen wie die Finanzbehörde. Lübecks Wirtschaftslage sei während des Krieges nicht ungünstig gewesen. Heute sei es aber anders. Der Friedensvertrag habe auch den Lübecker Hafenverkehr stark beeinträchtigt. Insbesondere mache sich das Ausschleppen von Lasten aus dem Weltverkehr hier sehr stark bemerkbar. Die neuen Lasten hätten versucht, den Handel von Hamburg und Lübeck abzulenken. Trotzdem brauchen wir den Weltverkehr zu lassen.

Haut (Soz.)

Ich muß vor allen Dingen einige politische Fragen freisen. In erster Linie handelt es sich um die Rundgebung des Senats für die Verlegung des Termins zur Einführung der neuen Handelsflagge. Der Lübsche Senat befindet sich bei der Beurteilung dieser Frage im Schlepptau der Senate von Hamburg und Bremen. Dadurch brachte sich der Senat in großen Gegenjah zur Mehrheit der Bürgerschaft. Die jetzige Bürgerschaft hat anlässlich eines Antrages von Dr. Wittern in der ersten Sitzung ihren Standpunkt ungewidertig zum Ausdruck gebracht; es handelte sich damals allerdings um die Reichsflagge. Jetzt versucht man uns glaubhaft zu machen, daß nur Zweckmäßigkeitsgründe maßgebend seien. Aber es trat bald klar zutage, daß man hier wirklich unter falscher Flagge segelt. Ein Blick in den bürgerlichen Wärtersaal — selbst in den vor lauter Demokratie kriegenden — sagt uns alles. Es handelt sich nicht um Zweckmäßigkeitsgründe, sondern es geht hier um das Prinzip, es geht gegen die Fahne der Republik. Man hat versucht, Kräfte aus Arbeiterkreisen zusammenzuführen. Aber Paul Müller und seine einzelnen Anhänger sind für uns nicht kompetent. Müller wurde dieser Tage aus der Reichsregierung der Seelste ausgemessen. Der Bezirksparlamentarier der Hafen- und Industrie-Arbeiter-Schicht steht auf demselben Standpunkt. Von mir bei dem Antrag Wittern angenommen haben. Die Flaggenfrage wurde zur Parteifrage gestempelt, und es war von den Reichsparteien höchst ungeschicklich, sie auf diese Weise auszutragen. War die Flaggenfrage bisher von nebenstehender Be-

beutung, so gewann sie durch die Haltung der deutschnationalen Presse, in der das lübische Amtsblatt eine besondere Rolle spielt, ein anderes Licht. Dieses Blatt kann den „Novemberfesten“ schon gar nicht vertragen. Man vertritt hier ganz offen gegen den Art. 8 der Reichsverfassung, wie man in deutschnationalen Kreisen die Meinung hegt, die Gelehe der Republik nicht achten zu brauchen. Hüften Sie sich, die Geister zu rufen, die Sie unter Umständen nicht mehr los werden, denn was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Meine Fraktion hält das Vorgehen des Senates in der Flaggfrage für falsch. Und weil seine Stellungnahme von den bürgerlichen Parteien politisch ausgeschaltet wird, können wir dem Senat nur dringend empfehlen, seine Zustimmung in Berlin zurückzugeben. Eine weitere Frage von großer Wichtigkeit ist die Aufhebung der Sanktionen, für die sich auch die zweite Internationale ausgesprochen hat. Solange die Sanktionen anhalten, besteht keine Möglichkeit, für eine finanzielle Ordnung in den deutschen Ländern. Leider haben es die Sanktionen auch zuwege gebracht, daß Deutschland mit Luxuswaren überflutet wurde. Diese überflüssige Einfuhr verleierte den Arbeitern und Angestellten die notwendigen Lebensmittel ganz ungeheuer. Diese Einfuhrziffern erreichen eine ungläubliche Höhe, und eine einseitige Einfuhrerlaubnis überließ den Betrag unserer gesamten Einfuhr von 1913. Und was wurde alles eingeführt? Französische Weine, Sekt, Kognak, Delikatessen. (Zuruf Herr! Wer trinkt Sie?) Die Arbeiter nicht, ebenso wenig wie diese die Samt- und Seidenkleider tragen, die knöcheligen Stiefel oder das feine englische Leinen, Wäsche und Buckskin. Unter den Leuten, die diesen Luxus einführen, befinden sich bekannte deutsche Namen. Gegen derartige unsere Finanzen schädigende Maximen muß sich jeder wenden. Wir brauchen Rohstoffe, um Waren zur Ausfuhr zu produzieren, wenn wir existieren wollen.

Und nun zu der Finanzlage Lübecks. Sie ist nicht ungünstig, aber wir haben trotzdem die Pflicht, Mittel und Wege zur Erhöhung unserer Einnahmen zu suchen. Deshalb stimmt meine Fraktion sämtlichen Anträgen des Haushaltsausschusses zu und vor allem dem Antrag, daß unser Vertreter im Reich angewiesen wird, dafür zu sorgen, daß die Möglichkeit zur Erhebung von Steuern zu wahren. Die Pachtentnahmen der Stadtgüter müssen erhöht werden. Die Höhe der jetzigen Pachten steht in gar keinem Verhältnis zu den von der Landwirtschaft gemachten Profitten. Wir empfehlen der Finanzbehörde, diese Pachten auf dem geschnittenen Wege sobald als möglich zu erhöhen, denn die Pachten sind lächerlich gering und stehen in gar keinem Verhältnis zu den Preisen, die wir für die landwirtschaftlichen Produkte bezahlen müssen. Erst jetzt haben die Landwirte die Milch wieder um 40 Pf. verteuert. Wenn sich die Landwirte uns gegenüber so rüchlos verhalten, muß ihnen mit gleichem Maße heimgezahlt werden. Weiter haben wir dafür zu sorgen, daß die Einnahmen nicht nur erhöht werden, sondern daß wir die Ausgaben zu verringern suchen. Das Reichsgesetz für die Angestellten, das eine ungeheure Erhöhung der Beiträge vorsteht, belastet den Staat aufs neue. Der Senat sollte sich dieses Gesetz einmal genau betrachten. Es wird ein Raubzug auf die Taschen der Angestellten unternehmen, der beschaffen ist. Die Beiträge werden von 1,60 bis 26 Mk. auf 15,60 bis 98,40 Mk. erhöht. Diese wahnwitzige Beitragserhöhung wird weitere Gehaltssteigerungen nach sich ziehen, und die Unternehmer werden, weil sie die halben Beiträge zahlen müssen, die Preise erhöhen. Dabei hat die Versicherung ganz jämmerliche Leistungen aufzuweisen. Ein Angestellter der höchsten Gehaltsklasse hat nach 20 Jahren inklusive Zins und Zinseszinsen über 20000 Mk. aus eigenen Beiträgen eingezahlt (mit den Unternehmerbeiträgen macht es das Doppelte aus) und dafür erhält er 380 Mark Rente. Der Allgemeine freie Angestelltenbund fordert Annullation dieses Versicherungsvertrages an die Allgemeine Sozialversicherung. Im Jahre 1919 hat die Angestelltenversicherung 285 Millionen Mark eingenommen und an Renten und Ruhegehältern eine einzige Million ausgegeben. Die Verwaltungskosten sind von ursprünglich 2 Proz. auf 20 Proz. angewachsen. Deshalb ist es notwendig, daß sich die Landesregierung mit dieser Frage beschäftigt; ohne den Reichswirtschaftsrat darf die Frage überhaupt nicht entschieden werden. Auch unser Senat muß dazu Stellung nehmen.

Das Reich muß auch aufgefordert werden, die Zinsen für die vom lübischen Staat für das Reich verauslagten Gelder zu bezahlen. Ferner muß der Erwerbslosenfürsorge größte Aufmerksamkeit geschenkt und vor allen Dingen für Arbeit gesorgt werden. Unter keinen Umständen dürfte man für diejenigen, die länger als 26 Wochen arbeitslos waren, die Zahlungen der Unterstützung einstellen. Man kann doch die Erwerbslosen nicht dem blinden Schicksal überlassen. Das Arbeitsamt nahm kürzlich einen ablehnenden Standpunkt ein und begründete diesen mit dem Hinweis, der Reichsregierung liege ein Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses des Reichstags zur Unterstützung langfristiger Erwerbsloser vor. Von einem derartigen Antrag kann kein Erwerbsloser leben. Weiter kommt der Redner auf die Beratungen des Städtetages, über das Umlageverfahren der öffentlichen Gebäude und dessen Stellungnahme zum 8-Stunden-Tag zu sprechen. Dort habe man die Feuerwehrente als Erste zur Sprengung des 8-Stunden-Tages aussersehen. Dagegen wenden wir uns unter allen Umständen, vor allem aber auch, so lange wir ein so großes Arbeitslosenheer haben. Weiter fordert Redner größere Berücksichtigung der Institute, die bisher vom Staat unterstützt wurden, insbesondere der Waldschule, und weist darauf hin, daß die Erhöhung der Preise für die Ferienkinder in Travemünde von kinderreichen Familien drückend empfunden wird, und endlich plädiert der Redner für zeitgemäße Einrichtung der Straßbahn. Im Auftrage seiner Fraktion erklärte er sich zum Schluß aufstimmend für den Haushaltsplan.

Senator Dr. Kalkbrenner erhebt gegen die Ausführungen Hauts in der Handelsflagge Einspruch. Der Senat hätten lediglich wirtschaftliche Gründe geleitet. Er habe sich auf die Neupflegungen des Seefahrtsauschusses gestützt. Erst nachher hätten politisch gerichtete Kreise und Zeitungen die politische Frage hineingebracht, mit denen der Senat nichts zu tun habe. Klein (Dem.) ist der Meinung, man solle politische Fragen, die nicht mehr im Vordergrund des Interesses stehen, in der Bürgerkammer nicht mehr erörtern, und jede Beschränkung der Gegenstände vermeiden. Die Frage der schwarz-weiß-roten Handelsflagge sei eine solche wirtschaftlicher und ethischer Natur, es sei Gefühls- und Herzenssache. Der Redner teilt die Ansicht Hauts in bezug auf die Einfuhr von Luxusartikeln und geht dann auf einzelne Positionen des Haushaltsplans ein, die nicht ganz klar ausgedrückt seien und bei denen man Ueberschüsse herauslösen könne, während noch Zuschüsse notwendig seien. In der Teilung des Haushaltsplans in einen ordentlichen und außerordentlichen dürfe man nicht vorbeigehen. Redner wünscht die staatliche Beschäftigungsstelle nicht einer technischen, sondern einer anderen geeigneten Behörde unterstellt. Daß die Finanzbehörde so rasch in die Zukunft schaut, sei erfreulich. Aber daß der fortwährenden Verteuerung aller Lebensmittel, der Mieten, Kleider usw. dürfe man nicht an den Abbau der Teuerungszulagen denken. Die Verteuerungswelle werde wieder ihren Rundgang machen, wobei die Löhne und Gehälter nicht so rasch steigen wie die Preise. Heute hätten wir 188 Millionen Mark Schulden, und eine neue Anleihe schehe bevor. Man müsse versuchen, die Anleihen zu vermeiden, um uns und die zukünftigen Geschlechter nicht zu sehr zu belasten. Unabweisbar sei die Rubelnot für die Angestellten und die Bereitstellung von Mitteln für Wohnungsbauten. Dabei müßten vor allen Dingen die lübischen Familien den Vorrang bei Erlangung von Wohnungen haben. Ein wachsendes Auge müsse man auf die Leute mit geringem Einkommen haben, insbesondere sollte man die Einkommensgrenze beim verwilligten Gasbezug hinaufsetzen. Man solle aber nicht bei der Aufstellung des Haushaltsplanes

darauf Bedacht nehmen, daß er auch eingehalten werden kann. Die Einnahmen wären in manchen Fällen zu erhöhen. So die Einkünfte von den Reichsmilitärverwaltung, bei den Lotteriebahnen, den Stempelgebühren. Bei den Ausgaben müßten die Erparnisse ebenfalls erwogen werden. Der Posten „Bauverträge“ wüßte auf große persönliche Ausgaben auf, ebenso das Hofwesen. Vielleicht könne bei der jetzigen Verkehrslage der Hafen- und Schiffahrtsüberwachungsdiens eingeschränkt werden. Bei der Feuerlöschbehörde könnten wir derartige Ausgaben nicht auf die Dauer tragen. Auf jede Familie einfallt 80 Mk. für die Feuerwehr. Das Wohlfahrts- und Jugendamt verbringe zu große Summen. Hier müsse ein energisches Halt geboten werden. Mit dem Abbau des Landeserversorgungsamtes müsse man schlau nicht hantieren. Müßte dürfte nicht immer weiter in schlechtere finanzielle Verhältnisse kommen. Man könne auch bei Ausgaben für die Schulen noch sparen. Die Vorstände der Behörden und deren Stellvertreter sollen sich mit den Beamten in Verbindung setzen, um die Ein- und Ausgaben zu prüfen. Ordnung in den Finanzen bekommen wir erst, wenn jeder Beamte von der Notwendigkeit des Sparens überzeugt ist. Jeder einzelne Bürger Lübecks habe die ständige Pflicht, am Staatswohl mitzuwirken. Der große demokratische Staatsgedanke sei gerade die Mitarbeit und Mitverantwortlichkeit des einzelnen zum Wohle des Ganzen. — Dr. v. Bracon (M.) vertritt seine Partei in der Stellung zur Handelsflagge. Eine Gesetzesverletzung liege nicht vor, es liege ja jedem frei, Gesetzbekundungen zu bezeichnen. Der Haushaushalt spreche eine sehr ernste Sprache. Die Ausgaben wüßten scheinbar unheimlich an, es sei nur an den Angestelltenstand erinnert. Die Schuldfrage, wie diese finanziellen Lasten entlastet werden, müsse er nicht aufrollen. Der Kern unseres Niederganges liege im Niedergang unseres Geldwertes und den schweren wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages. Es frage sich, ob es der Sozialdemokratischen Partei und den anderen Regierungsparteien gelinge, diese Bedingungen zu erfüllen. Denn die Annahme des Ultimatus an sich sei noch keine große Tat. Um es zu erfüllen, müßten die Arbeitsbedingungen wesentlich geändert werden, ebenso müßten die Sozialdemokraten wesentliche Grundzüge des Erfurter Programms einer starken Nachprüfung unterziehen. Die Papiergewerbewirtschaft sei ein Erfolg der Revolution. Man müsse sich abwenden, daß man heute noch den Mut finde, bei unserer Wirtschaftslage von der Sozialisierung zu sprechen. Eine kräftige Wirtschaftsführung und Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter sei unerlässlich für unsere Gesundung. Der Redner geht dann auf die Steuerfragen ein und ist der Meinung, daß das Reich der Einzelstaaten noch großen Spielraum lasse. Notwendig sei, alle Zwangswirtschaft unbeschadet aller Verluste sofort abzubauen. Auch die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen erfordere eine Million Mark an Unkosten. Die private Bauwirtschaft müsse gefördert werden. Man sollte die Staatsbetriebe nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen leiten. Die Umwidmung der Monopolbetriebe wie z. B. von Gas- und Wasserwerken in Privatbetriebe mit staatlichem Einschlag müsse in Erwägung gezogen werden. Es sei eine Verschleierung der Tatsachen, wenn man dem Volke nicht klar sage, daß nur Notarbeit weiterzubringen. Nichts sei verkehrter als der Glaube, die Streckung der Arbeit verringere die Arbeitslosigkeit. Es sei überhaupt auch fraglich, ob unsere heutige parteipolitische Konstellation in der Bürgerschaft weiter bestehen bleibe. Sie bereitete heute schon mitunter große Schwierigkeiten bei der Entscheidung wirtschaftlicher Fragen. — Dr. Wittern (fraktionslos) läßt sich über die Flaggfrage aus. Eine parteipolitische Ausschaltung der Flaggfrage sei unangebracht. Die alte Flaggge sei für die Wehrkraft des Volkes eine Erinnerung an die große und stolze Zeit, und eine Hoffnung für die Zukunft, daß das deutsche Volk wieder ähnliche Zeiten erlebe wie unter der schwarz-weiß-roten Flagg. Die Sozialdemokraten stellten die Frage der Partei über das Vaterland, wie ja auch Scheidemann im Reichstag erklärt habe. In kurzer Zeit werde die schwarz-weiß-rote Flagg über dem ganzen Vaterlande wehen und dann seien die Sozialdemokraten die heftigsten Vorkämpfer. In dieser Frage werde die Sozialdemokratie sterben. Für eine ordnungsmäßige Herbeiführung der Verfassung kann man jederzeit eintreten. Wir müßten Milliarden zahlen, weil wir früher versäumt hätten, die Summen für die militärischen Ausgaben zu bewilligen. Man werde über die Parteistrippe und die Gebote aus Berlin bald ebenso hinwegschreiten, wie man über die neue Flaggge hinwegschreiten werde. Der Redner behauptet weiter, die Kriegs- und Revolutionsgewinnler, die die Luxuswaren aus dem Auslande beziehen, seien der neue Revolutionärsadel, nicht das alte Bürgerum. — Senator Dr. Kalkbrenner hält ein zu schwarzes Sehen in die Zukunft in bezug auf die finanziellen Lasten für unangebracht. Reich und Preußen würden verteuert denken, da darf das Meins Lübeck nicht verzagen. — Haut (Soz.) geht auf Einzelheiten der Witternschen Rede ein und betont, er werde selbstverständlich gegen das eigenmächtige Vorgehen des Volksherrn in der Kinosteufrage angehen. Gegen die Titelsucht hätte sich die sozialdemokratische Fraktion stets gewandt, leider vergeblich. Es sei selbstverständlich, daß gute Recht eines jeden, die Verfassungsfrage in dem ihm günstigen Sinne zu lösen zu versuchen. Oberstosen habe im Reichstag in der Flaggfrage Reichstagen ausgetramt, die sehr bedenklich seien. Er habe alle Senatoren über einen Kamm geköhrt. Die Flaggfrage sei von den deutschnationalen zur Parteifrage gemacht worden. Und wenn die deutschnationalen nach dem bestetzten Gebiet zur Entzollung der schwarz-weiß-roten Fahne fahren wollten, erhielten sie im Zuge keinen Platz, denn dort seien die Schieber drin, die der Fahne nachlaufen. Wenn man sich mit diesem Gefindel abgibt, beschmutzt man sich. Herr Dr. Wittern erseht die alte Monarchieherrlichkeit, wo wir wieder unter der alten Krone sitzen sollen. Er feuert auf den Revolutionskrieg los, wir sollen dieselben Fehler wie Frankreich machen. Herr Dr. Wittern zähle zu den Leuten wie Graf-Goldbeck, die dem Reichsanwalt Knüppel zwischen die Beine werfen. Wenn es nach deren Prinzipien gegangen wäre, wäre längst das ganze Ruhrgebiet besetzt. Herr Dr. Wittern sollte seine Leidenschaft etwas meistern. — Dr. Wittern (frakt.): Ihre Güte, daß den Feinden mit der Vernunft beizukommen sei, ist falsch. Wir müssen der Wahrheit ins Gesicht schauen. Es ist das höchste, was der Reichsanwalt tun kann, etwas zu unterzeichnen, wozu er weiß, daß es nicht zu halten ist. Die Partei ist für mich nur der Zweck, dem deutschen Volk wieder aufzuhelfen. Unsere Jugend wird den Weg zum Wieder-aufstieg finden. Uebrigens haben sich auch die Hamburger sozialistischen Senatoren für die alte Flaggge ausgesprochen. Grenzeloos verkehrt ist es, die Flaggfrage zur Parteifrage zu machen. — Herr (M.) behauptet, daß der Militärpreis höher gelegt werden müßte. Doch sonst wäre die Milch nach Hamburg abgewandert, was zum Teil schon geschehen sei. Dort würden 2,40—2,80 Mk. pro Liter bezahlt. — Damit ist die Generaldebatte beendet. Der Vorsitzende empfiehlt im Namen des Geschäftsrates und im Einvernehmen mit den Fraktionen die En-bloc-Akademie des Haushaltsplans. — W. Ape (frakt.) widerspricht diesem Vorschlag. Es folge deshalb die Einzelberatung. — Mohr (Dem.) wiederholt seine Erklärung über die unangebrachte Form der Verhandlung der Baubehörde. — Ape (frakt.) kritisiert den Umbau an den Gasbehältern. Das Geld sei hinausgeworfen. Das Wohnungsamt müsse alle Wohnungsmöglichkeiten ausfindig machen. Weiter fordert der Redner die Wiedereinführung der Maschinen zur Streckenzählung und fragt, ob die Anträge über eine Gehälternhebung bei der Rechtsauskunftstelle geprüft worden sei. Dann erkundigt sich Herr Ape über den Zustand der Schweine, die das Landeserversorgungsamt la. angekauft hat, über die Errichtung der Badeanstalt in St. Lorenz, und tritt für die Reibekämpfung der Seemachschinnschule ein. — Hierauf wird der gesamte Haushaltsplan mit dem Haushaltsauschuss beauftragt. — Die Verhandlung des Haushaltsplans mit einem

Protest gegen die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz. Die Sozialversicherungscommission des Reichstages hat unter Hinzuziehung parlamentarischer Vertreter in ihrer Tagung am Sonntag, dem 28. Juni, eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz Stellung genommen. Sie ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Gesetzentwurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehrt und in unerhörter Weise den Angestellten Lasten aufbürdet, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen. Im Novemberheft 1920 der Angestelltenversicherung hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die vericherungstechnische Bilanz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte habe einen Ueberschuß von 1,8 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Versprechens bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die Handelswacht, schrieb am 3. November 1920 unter Hinweis auf den versicherungstechnischen Ueberschuß von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitragssteigerungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich unter 16. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Verzehrfachung der Beiträge in den untersten Klassen und eine Verzehrfachung und Verzehrfachung der Beiträge in den oberen Klassen zugemutet. Diese ungeheure Beitragssteigerung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 u. a. wie folgt: Richtig ist vielmehr, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte künftighin, um der Invalidenversicherung nicht nachzugehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwertung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind. Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch nicht 1 1/2 Millionen Mark an Renten gewährt hat bei einer Beitragseinnahme von 419 Millionen Mark im Jahr. Dagegen zahlt die Invalidenversicherung an Renten und Beihilfen 1500 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung bereits jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind als die der Invalidenversicherung, während sie nach der Vorlage in Zukunft achtmal höher sein würden. Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös angekündigten versicherungstechnischen Bilanzüberschuß von 1,8 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten die Möglichkeit zur Rentenerhöhung nicht? Warum hat das Reichsversicherungsministerium dem Reichstage darüber keine Unterlagen gegeben lassen, wie überhaupt jede einwandfreie rechnermäßige Unterlage fehlt! Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Versicherten nun oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzubürden, ohne ihnen irgendeine Zeit zur Stellungnahme zu geben. Der Rfa-Bund erwartet daher von allen Parteien, daß sie sich der beabsichtigten Durchpeitschung der Vorlage noch vor der Sommerpause widerlegen.

Der Streik der norwegischen Seeleute wurde gestern beendet. Die Gehälter der Matrosen und Setzer werden um 12 % und vom 1. Dezember ab um weitere 5 %, die Gehälter der Maschinisten ebenfalls um 12 % und vom 1. Dezember ab um weitere 12 % herabgesetzt. Auch anderen Seeleuten steht der Lohnabbau bevor.

Gewerkschafter.

Protest gegen die Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz. Die Sozialversicherungscommission des Reichstages hat unter Hinzuziehung parlamentarischer Vertreter in ihrer Tagung am Sonntag, dem 28. Juni, eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz Stellung genommen. Sie ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Gesetzentwurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehrt und in unerhörter Weise den Angestellten Lasten aufbürdet, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen stehen. Im Novemberheft 1920 der Angestelltenversicherung hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die vericherungstechnische Bilanz der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte habe einen Ueberschuß von 1,8 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Versprechens bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, die Handelswacht, schrieb am 3. November 1920 unter Hinweis auf den versicherungstechnischen Ueberschuß von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitragssteigerungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich unter 16. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Verzehrfachung der Beiträge in den untersten Klassen und eine Verzehrfachung und Verzehrfachung der Beiträge in den oberen Klassen zugemutet. Diese ungeheure Beitragssteigerung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 u. a. wie folgt: Richtig ist vielmehr, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte künftighin, um der Invalidenversicherung nicht nachzugehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwertung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind. Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch nicht 1 1/2 Millionen Mark an Renten gewährt hat bei einer Beitragseinnahme von 419 Millionen Mark im Jahr. Dagegen zahlt die Invalidenversicherung an Renten und Beihilfen 1500 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung bereits jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind als die der Invalidenversicherung, während sie nach der Vorlage in Zukunft achtmal höher sein würden. Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös angekündigten versicherungstechnischen Bilanzüberschuß von 1,8 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten die Möglichkeit zur Rentenerhöhung nicht? Warum hat das Reichsversicherungsministerium dem Reichstage darüber keine Unterlagen gegeben lassen, wie überhaupt jede einwandfreie rechnermäßige Unterlage fehlt! Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Versicherten nun oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzubürden, ohne ihnen irgendeine Zeit zur Stellungnahme zu geben. Der Rfa-Bund erwartet daher von allen Parteien, daß sie sich der beabsichtigten Durchpeitschung der Vorlage noch vor der Sommerpause widerlegen.

Der Streik der norwegischen Seeleute wurde gestern beendet. Die Gehälter der Matrosen und Setzer werden um 12 % und vom 1. Dezember ab um weitere 5 %, die Gehälter der Maschinisten ebenfalls um 12 % und vom 1. Dezember ab um weitere 12 % herabgesetzt. Auch anderen Seeleuten steht der Lohnabbau bevor.

Aus aller Welt.

Bandenüberfall bei einem Schützenfest in Wilmersdorf bei Berlin. Die Wilmersdorfer Schützenhalle begann Sonnabend im Cecead Wilmersdorf die Feier ihres Stiftungsfestes. Als in der Nacht zum Sonntag die Festlichkeit in vollem Gange war, drangen Mitglieder der „Maffolonne“, einer Gesellschaft von Schwerverbrechern in den Saal, bedrohten die Festgäste mit Revolvern, mit Eisen- und Brechstangen, mit Totschlägern und anderen Waffen. Es entband eine Schlägerei. Eine Anzahl Personen wurden ihrer Schmucktaschen, Geld, Handtaschen, Brieftaschen usw. beraubt. Drei Festgäste wurden schwer verletzt nach dem Krankenhaus gebracht, zwei weitere konnten sich nach Anlegung von Rotverbänden in ihre Wohnungen begeben. Eine große Anzahl von Personen erlitt leichte Verwundungen. Die drei Haupttäter wurden verhaftet, die übrigen, etwa 30 zum Teil Schwerverbrecher entlassen.

Mutter und Tochter ins Zuchthaus. Sonntag früh 2 Uhr verurteilte das Schwurgericht in Berlin nach 16stündiger Verhandlung die 45jährige Witwe Lehmer zu 11 Jahren und ihre Tochter Gertrud zu sechs Jahren Zuchthaus. Mutter und Tochter hatten eine alte Nachbarin, namens Koller getötet, beraubt und die Leiche geflüchtet. Der Prozeß enthielt Bilder von einer Bestialität, die Gel und Abscheu erwecken müssen. Mit unerbittlicher Lutrakt haben diese beiden Frauen ihr wehrloses Opfer unter dem Schein der Hilfsbereitschaft und Nächstenliebe um einiger Spargrößen willen hingemordet und beraubt. Die Schilderung von der Zerstückelung der Leichenteile durch die beiden Angeklagten tief im Zuschauertraum allgemeines Entsetzen hervor.

Fünf Millionen Mark aus dem Memeler Postamt geraubt. Dem Memeler „Dampfbrot“ zufolge wurde ein Einbruch in das Memeler Postamt verübt. Es wurden fünf Millionen Mark in neuen Tausendmarktscheinen, für mehr als 30000 Mark Briefmarken und eine Reihe von Wertpapieren gestohlen. Für die Wiederherbeischaffung des gestohlenen Gutes ist eine Belohnung von 100000 Mark ausgesetzt worden.

Aus dem Erzgebirge. (Zwei verbürgte Geschichten aus den allerletzten Tagen). Ein Berliner kommt auf der Wanderung nach dem Städtchen G. und tritt in einem Zigarrenladen. Eine alte Frau bedient ihn und gibt ihm Tabak und Zigaretten. Da fällt sein Blick auf eine nette Zigarettenspitze. Er möchte sie gern kaufen und fragt nach dem Preise. Die Frau antwortet: Das kann ich Ihnen sagen, was die Spitze kost. Mein Sohn ist gerade nicht da. Aber nehmen Sie nur derweil mit und zahlen Sie für mich, wenn Sie wieder mal vorbeikommen. — Ein Ehepaar übernachtet im Gasthofe vom Dorfröden W. Die Wirtin weist auf Wunsch früh um 4 Uhr, pocht an die Tür und sagt: Dörn, Sie, ich möchte gleich wieder in mei Bette geh. Das Uebernachten kost 16 Mark, legen Sie das Geld nur uff'n Tisch. — Ja, wir haben doch auch Abendbrot gegessen und drei Glas Bier getrunken! — Nu, da machts so und soviel, legen Sie das Geld nur uff'n Tisch. — Guten Morgen und glückliche Reise! — Und das Ehepaar wandert durch die unerschöpfliche Hinterwelt, durch den Garten und die Wiese am Haus, auf der die Wäsche die Nacht über ausgehängt hatte. — in den schönen Morgen hinaus, — zwei Zeugen mehr, daß in unserem Erzgebirge wirklich noch ein Menschenschlag wohnt, um den wir zu beneiden sind.

Theater und Musik.

Konzert des Studenten-Chores aus Lund am Sonntag im Marmoraal. Daß die Schweden in Deutschland gern gelesene Gäste sind, ist nach den mancherlei Bekundungen von Sympathie und Humanität, die sie den Deutschen während und nach dem Kriege erwiesen haben, eine Selbstverständlichkeit. So auch dem Besuche der Studenten-Chöre, die sie mit unserer Stadt verbinden. In Lund sind die Besuche von 1914 bis heute in ununterbrochener

schwedischen Studenten, die Lieder ihrer Heimat zu Gehör bringen wollten, ein übervolles Haus und herzlichste Aufnahme. Der Marmoraal vermachte die Erchieneften kaum zu fassen. Als die Sänger das Podium betraten, nahm anscheinend ohne Auftrag ein junger Mann aus dem Kreis der Zuhörer das Wort, um der schwedische Jugend und dem schwedischen Volke mit gutgemeinten Worten für alle Freundschaftsbeweise namens des lübischen Volkes zu danken. Dann begann das Konzert. Die hier wohl meist unbekanntesten Lieder von Grieg, Berg, Mehlger, Lindblad, Peterson-Berger, Sellmann, Kellina, Kierulff, Die Bull und Sodermann waren durchweg prächtig empfunden, melodisch reizvoll, einzelne wie „Fredmans Epistel“, non glücklichen Humor getragen, lebendig und auch eigenartig; ihr Vortrag durch die etwa zwanzig Lunder stimmreife und sangesfrohen Studenten sehr wirkungsvoll. Besonders vortrefflich gelang ihnen, um nur einiges hervorzuheben, das stimmungsvolle, poetische Lied „Abend“, ferner „Im Forenwald“, „Das Trognasoln“ und „Fredmans Epistel“. Ein Komposition größeren Umfanges ist Sodermanns „Bauernhochzeit“, die den Schweden einen großen Erfolg einbrachte. „Der Sennernin Sonntag“ gab dem Opernlanger Dehmann Gelegenheit, als Solist seinen gutgeschuldeten Tenor ins Feld zu führen und damit sich starken Beifall, der zu einer Zugabe zwang, zu erkungen. Daß alles so vortrefflich gelang ist nicht zuletzt der sicheren und temperamentvollen Leitung des Chores durch ihren Dirigenten Dr. Berg zu danken. Das Publikum war begeistert und verlangte nach mehr; die Sänger waren in Gebelauue und erfüllten diesen Wunsch. Dieser schöne Abend darf wohl als ein verheigenderer Auftakt für die „Nordische Woche“ angesehen werden. X

Sprechsaal.

(Mit den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Freilehrende Berichte.

In einer Notiz der bürgerlichen Presse über Gehaltserhöhung der Angestellten im Kleinhandel, die vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband ausgeht, spricht dieser von einer „nicht unbedeutenden“ Erhöhung der Gehälter. Um in der Allgemeinheit kein falsches Bild über die „bedeutende“ Erhöhung aufkommen zu lassen, halten wir es für unsere Pflicht, darauf hinzuweisen, daß die Erhöhung im Durchschnitt gerechnet nur 7,5 Proc. für Ledige beträgt. Wichtig ist aber, daß die große Gruppe der verheirateten Angestellten, trotz Erhöhung der Verheiratenzulage, im 4. bis 10. Berufsjahre nur eine Verbesserung von insgesamt 25 Mt. (durchschnittlich 2,6 Proc.) erhält und die Verheiraten von 11. Berufsjahre an eine solche von insgesamt 50 Mt. (4,1 Proc.) monatlich. Wie man angesichts dieser Tatsachen von einer „nicht unbedeutenden Erhöhung“ sprechen kann, ist uns unerklärlich. Wir erhoffen zuversichtlich von der Tarifkommission des Kleinhandelsverbandes, daß sie diese leichtfertige und äußerst ungeschickte Behandlung eines verantwortlichen Angestelltenfuhrers bei künftigen Tarifverhandlungen nicht zum Schaden der gesamten Angestelltenchaft ausnutzt.

Geschäftliches.

Die Saison-Ausverkufe in Berlin haben einen Kaufersankurs erlebt, wie nur selten zuvor. Einige größere Kufer in der Leipzigerstrae mußten zeitweise gänzlich geschlossen werden, um den Verkauf nicht unmöglich zu machen. Wir lassen hier eine Blütenlese der billigsten Angebote folgen, damit auch das lubische Publikum einen Einblick in die heutigen Verhältnisse erhält. Wachstleider 98 Mt., reinm. Kleider 198, Musen 13 50, Kostüme 150, Strickjaden 210, Sacko-Anzüge 525, Herren-Sommer-ulster 450, Oberhemden 75, Herren-Einzieh-Strümpfen 29 50, Tischtul 128 50, Sackhuhe 123, Sandhuhe 5 90, reinm. Kleiderstoffe 28, reinm. Kammerjahre 35, reinm. Boile 38, Schleierhoe 11 50, Blumenstoffe 11 80, Kostumstoffe 15, Revier 10 50, Tennisplanen 12 75.

Fischluder geblicht 29 75, Sandluder 18 75, Sendentuch 8 75, Seide 17 50, Damenhemden 17 00, Schürzen 15 75, Kestelstaschen von Klubleder 275, Mennensachen Klubleder 69, Kupferkoffer 88. Eine Umschau in dem magebendsten Unternehmen des Landes ergibt, daß auch in Lübeck Anstrengungen gemacht werden, um diese großen Saison-Ausverkufe so zu gestalten, daß auch alle diejenigen, denen es verlagst ist, mit großen Mitteln zu rechnen, auf ihre Kosten kommen dürften. Vorkehrungen gegen den zu erwartenden Kiesenansturm sind getroffen. Neben Kufer ist zu empfehlen, in seinem eigenen Interesse nicht die Abendstunde zum Einkauf zu benutzen, da für diese Zeit der Andrang zumist am größten zu sein pflegt. Die Preise der Waren schlagen alles bisher Dagewesene. Auf Frage nach der Herkunft so billiger Waren wurde die Antwort, daß das Unternehmen erfens keine Saisonbestande zu jedem Preis verkaufen müsse und daß es weiterhin für solche Gelegenheiten große Mengen bei den Fabrikanten oder aus Grohandlunden zu erwerben pflegt, die überleitet von dem gleichen Bedürfnis getrieben für solche Posten ungewöhnlich billige Preise stellen. Nur so sind die Preise zu erklären, denn wenn man anfängt zu berechnen, so stellt man fest, daß bei manchem Fabrikat nicht einmal das Rohmaterial berechnet ist, geschweige der Lohn des Arbeiters. Manches Stück kostet im Arbeitslohn mehr als hier fix und fertig mit Stoff und Zutaten.

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck.

(Mitgeteilt von der Lubcker Handelskammer.)
I. Nach Dänemark und West-Schweden.
 Kopenhagen, Malmö, Landskrona, Selsingborg, Salmslad, Mara und Gothenburg, etwa drei bis viermal wöchentlich mit den Dampfern der S. Land-Post „Swanen“, „Westkusten“, „Najaden“, „Malmö“ und „Lübeck“ für Passagiere und Fracht, sowie den Dampfern „Tarnan“, „Mitan“, „Kalken“ u. d. „Lubvig Kallberg“ nur für Fracht. Nächste Expedition: Dampfer „Najaden“ am 6. Juli, Dampfer „Swanen“ am 8. Juli, Dampfer „Lubvig Kallberg“ am 11. Juli. Vertreter: Wubers & Stange, Untertrape 17. Schiffsmakler: C. F. Schütt & Co., Untertrape 12/13.
 Kopenhagen mit Umladung nach Aarhus, Aalborg, Vejle, Kobenhavn, Randers, Odense, Fredericia, Sorrens, Fjeland, West-Norwegen und Amerika zweimal wöchentlich ein Dampfer der Nordens Dampftribselstift in Kopenhagen. Die Dampfer nehmen außer Fracht auch, soweit möglich, Passagiere mit. Nächste Expedition: Dampfer „Sjelm“ am 7. Juli. Vertreter für den Personen- und Frachtverkehr: H. M. Gehrdens, Lübeck, Gr. Altesfahre 29.
 Kopenhagen. Jeden Mittwoch bezw. Donnerstags ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „von Schill“ am 7. Juli. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Gr. Altesfahre 6.
II. Nach Süd-Schweden.
 Stockholm eventl. auch Kalmars, ein- bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Reberi-Altiebolaget „Svea“ in Stockholm. Nächste Expedition: Dampfer „Ungermanland“ am 8. Juli nach Kalmars und Stockholm. Dampfer „Gefion“ am 9. Juli nach Kalmars, Oskarshamn, Norrpina und Stockholm. Vertreter für den Personenverkehr: Wubers & Stange, Untertrape 17, für den Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrape 12/13.
 Stockholm, eventl. auch andere Plätze anlaufend, in Zwischenräumen von etwa 8 Tagen ein Dampfer der Scandinavischen Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Pauline Haubuz“ am 7. Juli. Vertreter: Nordische Reederei G. m. b. H., Lübeck, Gr. Altesfahre 6.
III. Nach Süd- und West-Norwegen.
 Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der Sondenfeld-Norske Dampfskibsselskap sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Planet“ am 6. Juli. Vertreter: Rob. M. Stomann jr., Alstr. 88.

Stien, Drammen und Christiania alle 10 bis 14 Tage mit Dampfern der „Seldlinien“ in Christiania sowie Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Gertie“ ladbereit am 2. Juli. Vertreter für den Frachtverkehr: S. Stein, Untertrape 9.
 Stavanger, Bergen, Drontheim eventl. Haugesund, Alesund, Christiansund-N. und anderen norwegischen Plätzen etwa alle 10 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Junga Kunstmann“ am 6. Juli. Vertreter: Lloyd-Transport Compagnie Hafensstrae 8.
IV. Nach Finnland.
 Selsingfors jeden Sonnabend nachmittags 2 Uhr mit Dampfern der „Finska Anafartygs-Aktiebolaget“ in Selsingfors; außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Voleidon“ am 9. Juli. Umladung von Waigleren bei Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, G. m. b. H., Beckergrube 89.
 Nach Wiborg und Kotka monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Wiborg“ am 9. Juli.
 Nach Raumo, Mantyluoto und Wasa monatlich zweimal. Nächste Expedition: Dampfer „Fris“ am 9. Juli. Vertreter für den Frachtverkehr: Deutsch-Finnlandische Dampfer-Expedition G. m. b. H., Untertrape 43.
 Selsingfors. Linie Viktor Et. Etwa zweimal monatlich, außerdem Extra-Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Stochholm“ am 13. Juli, auch nach Abo.
 Abo. Gamla Karleby, Neaborg. Ein- bis zweimal monatlich. Nächste Expedition: Dampfer „Belgoland“ am 6. Juli. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: C. F. Schütt & Co., Untertrape 12/13.
 Abo, etwa zweimal monatlich mit Dampfern der „Angfartygs-Aktiebolaget, Transito“ in Abo. Nächste Expedition: Dampfer „Halland“ am 9. Juli. Personen- und Frachtverkehr: Biehl & Fehling, Schiffahrtskontor, Beckergrube 89.
 Abo und Selsingfors. Alle 14 Tage ein Dampfer der Finnland-Linie. Nächste Expedition: Dampfer „Aranda“ am 9. Juli. Vertreter: Kopas & Tuomaala, Engelsgrube 50.
V. Nach Lettland und Estland.
 Riga. Alle 14 Tage ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ am 6. und ca. 20. Juli. Vertreter: S. S. Deuling, Gr. Altesfahre 28.
 Libau und Reval. Etwa alle drei Wochen ein Dampfer. Nächste Expedition: Dampfer „Rusland“ am 6. und ca. 20. Juli. Vertreter für Personen- und Frachtverkehr: Hansatische Dampfschiffahrts-Gesellschaft, Große Altesfahre 21.
VI. Nach deutschen Ostseehäfen.
 Burg und Ortha, sowie Kiel. Alle 8 Tage Sonnabends Dampfer „Fehmarn“. Personen- und Frachtbeforderung. Vertreter: Taht & Severin, Schuffelbuden 15.
 Wismar, Rostock, Seltin und Zwischenstationen. Wöchentlich zweimal mit Dampfern der „Tppen-Linie“, bei Bedarf Extra-Dampfer. Vertreter: Wm. Minlos, Beckergrube 52.
 Ronigsberg etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition: Dampfer „Annaliese“ am 6. Juli. Vertreter: Franz Heinrich, Untertrape 84.
Silbampferverbindung von Lübeck nach Magdeburg
 mit Umladung nach Berlin, Dresden, Halle a. S., Breslau und Zwischenstationen. Regelmäßige wöchentliche Expedition ab Lübeck jeden Freitag. Guterannahme durch die Magdeburg-Lubcker Schiffsahrtsgesellschaft m. b. H., Kanalstraße 11/19 und F. S. Vertling, Gr. Altesfahre 23.
Nach Lauenburg a. C. und Hamburg.
 Regelmäßige Abfahrt: Von Lübeck jeden Dienstag und Freitag. Guterannahme ununterbrochen durch Wubers & Stange, Abteilung Fuschiffahrt, Kanalstr. 11/19.
Schnellverkehr Lübeck-Hamburg mit Motorfahnen.
 Bei Bedarf werden Zwischenstationen Mölln und Lauenburg angefahren. In Hamburg Anschluß an den täglichen Silbampferverkehr aufwärts. — Guteranmeldungen bei Karl Steber, Gr. Altesfahre 16.

Zahlstunden der Finanzkass.
 Die Finanzkass ist vom 8. Juli ab bis auf weiteres für den Personerverkehr täglich mit Ausnahme Donnerstags von 8-12 Uhr geöffnet. Am Donnerstag jeder Woche bleibt die Kasse für den Personerverkehr geschlossen. Zur Vermeidung unnötigen Andrangs und zur Abmidung eines Matten Verkehrs wird das Publikum im eigenen Interesse gebeten, möglichst die Warogenstunde zur Zahlung zu benutzen. Ferner können famtlliche Zahlungen durch Reichsbank giro oder im Postcheckverkehr unter Hamburg Nr. 14500 erfolgen. Außerdem besitzt die Finanzkass ein Bankkonto bei folgenden diegenen Banken:
 Commerzbank in Lübeck.
 Diskonto-Gesellschaft, Filiale Lübeck.
 Dresdner Bank, Filiale Lübeck.
 Lubcker Privatbank.
 Vorschub- und Sparvereinsbank in Lübeck.
 Kreditbank, e. G. m. b. H., Lübeck.
 Commerz- und Privatbank-A.-G., Lübeck.
 Bank für Handel und Gewerbe, e. G. m. b. H., Nationalbank für Deutschland.
 Es liegt im Interesse des Publikums und der Finanzkass, möglichst den bargeldlosen Zahlungsverkehr zu benutzen.
 Lübeck, den 4. Juli 1921. (3730)
Das Finanzamt.

Täglich zu seinen Kunden spricht der Kaufmann
 durch wirkungsvolle Interate im „Lubcker Volksboten“. Bei der großen Leserschaft haben diese durchschlagenden Erfolg!

Weich
 und geschmeidig wird das Leder durch tägliche Pflege mit Erdal. Die Schuhe halten länger, spare durch **Erdal**

Heute entlichief jense nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater u. Großvater **Friedrich Lange** im 71. Lebensjahre. Tief betrauert im Namen der Hinterbliebenen. **Maria Lange**, geb. Benthien, Lübeck, 5. Juli 1921. Hintertrae 8. (3733) Trauerfeier: Sonnabend, 9. Juli, nachm. 2.15 Uhr Kap. Worm.

R. Kauf. gef. guterb. gr. Nord-Rinderwagen. Ang. u. A. 5. a. d. Exp. d. Bl. (3729)
 D.-Fahrt. m. Fr. l. b. 3. v. 3717) Warendorffstr. 31 a. I.
 2 Damen-Fahrräder o. Verfertigung od. ohne Preis laut neuzeit. Ang. u. G 2 a. d. Exp. d. Bl. (3720)
 Billig 3. vert. Gehrockanz. gestr. Voile, Friedenswaue. Wacharb. (3728) Pelzerstr. 51.
 Junge Hündin u. 3 H. Kaninchen zu vert. (3732) Vorbed. 5 a. II.
 Ein gr. Terrarium 3. vert. (3709) Engelswisch 37.
 Gut erhaltener Puppenwagen 3. Kauf. gef. (3708) Ang. u. B. B. 8 a. d. Exp.

Gestern Abend entlichief nach langem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter **Irngard** im Alter von 14 1/2 Jahren. Dies zeigen an die tiefbetrubten Eltern u. Geschwister **H. Sa und Frau** geb. Marlin. Lübeck, 5. Juli 1921.

Zugelager
 40-60 Pf. 2 Satz für tel zu verkaufen. (3726) P. Stawe, Schonbodener Straße 18.
 Verheir. Schneiderin empf. für bill. in u. außer d. Haus. (3727) Reienforste 11.

Ab heute auf famtlliche Waren **10% Rabatt.** **Bettenhaus Karstadt,** Holstenstrae. (3731)

In 1/2 Stunde vernichten Sie unter Garantie Kopf-, Filz- und Kleider-, sowie Brut (Nies.) Wanzen, Floe u. Mensch u. Tier p. g. M. Wund. Wunsch Verk. nur Heiner. Wiese, Aegidienstr. 4. Pr. 5 u. 7.50 M. Postvers.
Läuse
 Wir suchen für dauernde Stellung einen tüchtigen **Annoncen-Akquisiteur** bei angenehmen Bedingungen. (3704) **Lubcker Volksbotc.**
Gonorrhoeerinnen für Stadt gesucht. (3714) Gertrudenstr. 29 I.
 Ges. 3. fof. od. pat. (3715) **Morgen-Madden.** FrauLange, Hanjstr. 79/81a.
 Gute Schneiderin empfiehlt sich in u. außer dem Hause. Näheres in der Geschäftsstelle d. S. W. (3705)

Am 1. August, abends 7 1/2 Uhr, beginnt ein Kursus in der Buchhaltung und im Bilanzlesen mit Beruckichtigung der neuen Steuer-gesetze. (3716) **Karl Hinzpeter,** Moltkestr. 5.
Maurergefellen stellen ein **H. Wandke & Sohn** Seibelplatz 21. (3712)
Auszug aus den wichtigsten Steuer-gesetzen in Plakatform, zweifarblich gedruckt, nach dem Stande vom 1. April 1921, **Preis Mk. 8.00.** Zu haben bei **Friedr. Meyer & Co.,** Johannisstr. 46.

CAO
Zur Grullung
 (Ausgewählte von Blatzen-Entfernung, Unkrautentfernung, Für den Boden und wöchentliches Reinigen)
Janis P. P. P.
 In Opladen in der Provinz Westfalen, Kreis Solingen
Gamifsa Sabat
 Warendorffstr. 51
 Berlin - Wilmersdorf